Nr. 169 — Halle a. S., Dienstag den 23. Juli 1912 — 23. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis monatlich 50 Pfennig frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.
Fernsprech-Anschlüsse: Schriftleitung: Nr. 858. Geschäftsstelle: Nr. 1047.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags ½12—½1 Uhr mittags.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig, Anzeigen unterm Textstrich die Zeile 75 Pfennig.
Anzeigen für die Mittagnummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Politischer Sinn.

Daß bei der nächsten preußischen Landtagswahl die Sozialdemokratie sich vor den Wagen des Liberalismus spanne und für ihn die Kastanien aus dem Feuer hole, läge natürlich durchaus im Interesse der sogenannten „Fortschrittlichen Volkspartei". Für diese wäre es sehr angenehm, wenn ihr durch sozialdemokratische Hilfe einige Dutzend Mandate in den Schoß fielen.

Es kann nicht wundernehmen, daß der Vorschlag des Genossen Eisner sich wärmster Protektion beim Berliner Tageblatt und dessen Gesinnungsgenossen erfreut. Genau genommen, müßte er damit allein schon gerichtet sein. Denn man mag vom Berliner Tageblatt so schlecht denken, wie man will — das kann man ihm nicht nachsagen, daß es jemals die Sache der Sozialdemokratie zu fördern sich bemüht oder sich auch nur den Anschein gegeben habe, dies zu tun. Stets hat es mit voller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß es nur deshalb zu einer anständigeren Behandlung der Sozialdemokratie rät, weil es hofft, sie dadurch „erziehen" zu können, so daß sie von ihren sozialdemokratischen Bestrebungen ablassen. Das Blatt — wie die ganze Schicht derer, die es vertritt — lebt der kindlichen Einbildung, daß die Sozialdemokratie überhaupt nur durch die Fehler der Regierung entstanden sei: weil die preußische Regierung den Arbeitern beständig die gepanzerte Faust zeige, deshalb seien diese in einen verbissenen Trotz hineingejagt worden und hätten nach dem Rezept „nun gerade nicht" die sozialdemokratische Partei gegründet. In dem Augenblick, wo man sie anständig behandle, würden sie wieder zur „Besinnung" kommen. Recht drastisch ist dieser kindliche Gedanke jüngst von einem süddeutschen liberalen Blatt, der Neuen Badischen Landeszeitung zu Mannheim, ausgesprochen worden. Bekanntlich haben unsere Genossen im badischen Landtage diesmal das Budget abgelehnt, weil das Ministerium wiederholt den Sozialdemokraten die Gleichberechtigung abgesprochen hat. Da schrieb das genannte Mannheimer Blatt am 10. Juli voller Wut:

„Es will uns scheinen, als läge die wahre Staatskunst eines modernen Ministers darin, den hinter der Sozialdemokratie stehenden Massen zu zeigen, daß unser Staat kein Klassenstaat ist, sondern Sinn und Verständnis hat für die Bedürfnisse aller Volksgenossen. Und dadurch eine positiv arbeitende Sozialdemokratie zu bekommen."

Die Naivität dieser Worte muß den Kundigen herzlich ergötzen. Als ob es auf die Aeußerlichkeiten einer kleinlichen Nadelstichpolitik so sehr ankäme. Mindestens sollten sich Leute, die so reden, doch folgendes überlegen: wenn sie recht hätten, wenn wirklich bei anständiger Behandlung von oben her die Arbeitermassen aufhören würden, Sozialdemokraten zu sein, dann müßten doch wir Sozialdemokraten die größte Angst davor haben, daß einmal ein solch anständiges Regime Platz greift. Statt dessen wünschen wir nichts sehnlicher, als das Aufhören des kleinlichen Polizeigeistes, der heute in Preußen regiert, weil erst dann die wahren und tiefen Gegensätze deutlich zutage treten werden, die den Arbeiter vom Besitzenden trennen, und weil man dann erst klar wird sehen können, daß nicht — wie es heute leicht den Anschein hat — zum Vergnügen einer herrschsüchtigen Bureaukratie, sondern zum Vorteil des besitzenden Bürgertums regiert wird.

Jedenfalls steht aber durch solche und ähnliche Aeußerungen norddeutscher wie süddeutscher Liberaler fest, daß sie bloß deshalb eine anständige Behandlung der Sozialdemokratie vorschlagen, weil sie sich davon eine um so wirksamere Bekämpfung unserer Partei versprechen. Während also die Konservativen uns mit Keulenschlägen niederzuschmettern trachten, gedenken die Liberalen gewissermaßen uns mit vergiftetem Zuckerbrot umzubringen. Das ist so ungefähr der ganze Unterschied zwischen ihnen. Aber der löbliche Endzweck ist bei beiden derselbe: die Vernichtung der Sozialdemokratie.

Wer sich diese Zusammenhänge stets vor Augen hält, wird nicht so leicht auf die wunderliche Utopie verfallen, daß durch Stärkung des Liberalismus irgend etwas für die Sozialdemokratie gewonnen werden könnte. Auch nicht in Sachen des Wahlrechts. Wie oft soll man denn noch an das Beispiel von Hamburg, Bremen und Lübeck erinnern, wo der Liberalismus regiert und — weit entfernt, ein demokratisches Wahlrecht zu geben — das bestehende noch verschlechtert! Liegen denn aber die Dinge in Preußen anders? Ja gewiß. Der Unterschied ist der, daß hier die Liberalen nicht regieren und deshalb den Mund fürs gleiche Wahlrecht sehr voll nehmen können. Aber selbst in Preußen braucht man den Gang der Dinge nur aufmerksam zu betrachten, um die Hohlheit solchen Geredes zu erkennen. Das Berl. Tageblatt macht sich in seiner bekannten geistreichelnden Art lustig über diejenigen Sozialdemokraten, die das Eintreten für den Liberalismus ablehnen. Es meint, wir hofften auf ein Wunder, vergleichbar dem Sturz der Mauern von Jerichow durch den bloßen Schall der Posaunen. Durch den bloßen Ansturm der Massen, wie es der Vorwärts will, würden die Mauern des reaktionären preußischen Wahlrechts nicht zusammenbrechen. Dagegen — und nun kommt wieder der Staatsmann, der Diplomat zu Worte — dagegen gebe es

„einen sicheren (!) Weg, das Dreiklassenwahlrecht zu beseitigen, wenn nämlich alle Anhänger einer entschiedenen Wahlreform sich schon bei den preußischen Urwahlen zusammenschließen."

Es sei doch wahrscheinlicher

„daß mit der indirekten und öffentlichen Dreiklassenwahl aufgeräumt wird, wenn sich die Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses gegen das bestehende Wahlrecht erklärt, als wenn sie sich aus Anhängern dieses Wahlrechts zusammensetzt."

Ei der Tausend! Das ist wirklich lustig zu lesen. Man beachte, daß hier im letzten Satz nicht vom ungleichen Wahlrecht die Rede ist, sondern nur vom indirekten und öffentlichen. Nun wohl, die Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses hat sich bereits wiederholt gegen das indirekte und gegen das öffentliche Wahlrecht erklärt! Macht man diese Einschränkung, daß man das gleiche Wahlrecht — die liberale Forderung par excellence — aus dem Spiele läßt, so ist heute schon eine Mehrheit gegen das bestehende Wahlrecht vorhanden. Es zählen dann zu dieser Mehrheit nicht nur Sozialdemokraten und Fortschrittler, sondern auch Zentrum und Nationalliberale. Dafür braucht man also nicht erst das Ergebnis der nächsten Wahlen abzuwarten. Was aber haben wir bei allen bisherigen Wahlrechtsabstimmungen — auch erst wieder dieses Jahr erlebt? Daß Zentrum und Nationalliberale die Rollen so geschickt untereinander verteilten, daß überhaupt nichts zustande kam! Wer läßt sich einreden, daß in einem späteren Landtag auf die Liberalen besserer Verlaß sein werde?

Das Berliner Tageblatt und die seine Ansichten und seine politischen Methoden teilen, tun sich viel zu gute auf das, was sie ihren „politischen Sinn" nennen. Sie verstehen darunter die Witterung und rechtzeitige Ausnutzung allerhand persönlichen Krams. Wahrer politischer Sinn besteht darin, die Interessengruppierungen zu kennen, die für das Handeln der Parteien maßgebend sind, und danach seine politische Taktik zu richten. Dieser wahre politische Sinn sagt uns, daß — unbekümmert um die persönlichen Neigungen angeblich maßgebender Führer — der Liberalismus aller Schattierungen dem Arbeiter die Gleichberechtigung solange wie nur irgend möglich versagen muß, und daß sie dem Arbeiter nicht eher zu gewähren sei, als bis die Herrschenden Furcht bekommen vor der wachsenden Zahl der Organisierten und vor deren wachsender Einsicht. So sind bisher alle Konzessionen für die Arbeiterklasse errungen worden, und auf diesem Wege fortzufahren, das ist der Sinn des Wortes von dem Ansturm der Massen.

Mit den Posaunen von Jerichow hat es, wie man sieht, verzweifelt wenig zu tun. Wundergläubig sind vielmehr die, die vom guten Willen der Liberalen ein besseres Wahlrecht erhoffen

Triste Aussichten.

Aus Konstantinopel schreibt unser Mitarbeiter:

Die Angaben über die Zahl der geflüchteten Offiziere und Mannschaften sind sehr unsicher. Während die Regierung die Bewegung als ganz geringfügig hinzustellen sucht, schwirren Gerüchte herum, die jeden Tag neue Kompagnien in die Berge ziehen lassen. Was mit aller Sicherheit feststeht, ist, daß die geflüchteten Offiziere zu den besten Elementen der Armee gehören. „Das sind ja unsere eigenen Leute" — sagte mir ein Mann, der dem Komitee sehr nahe steht. Es sind Männer darunter, die sich während der Freiheitskämpfe hervorgetan hatten und die selbst noch während der Bewegung des Obersten Sadik Bey auf seiten des Komitees waren.

Die Forderungen, die die geflüchteten Offiziere aufgestellt hatten, fanden allgemeine Zustimmung. Das gilt besonders für die Forderung des Kabinettswechsels und der Neuwahlen. Allein, was gegen die Revolte angeführt wird, das ist der Krieg. Solange das Land sich im Kriege befindet — heißt es — sollte man keinen Aufstand unternehmen, vor allem keinen militärischen Aufstand.

Ich verwies schon vor längerer Zeit, beim Zusammentritt des Parlaments, darauf, daß sich in den Reihen der Komiteeorganisationen selbst eine oppositionelle Linke gebildet hat, die mit aller Energie vorzugehen gedenkt und auch vor einer Spaltung nicht zurückschreckt, diese vielmehr für unvermeidlich hält. „Die Offiziere haben zu früh losgeschlagen" — sagte man mir aus der Reihe dieser demokratischen Linken —. „Während des Krieges dürfte man keine Revolte unternehmen. Deshalb muß diese Bewegung unterdrückt werden. Ohne den Krieg dürften sie auf allgemeine Zustimmung rechnen, und wir wären die ersten, sie zu unterstützen."

Auch die Albanerbewegung führt jetzt in ihrer Mitte fortschrittliche Elemente und begegnet ganz andern Sympathien, als im vorigen Jahr. Dadurch, daß sie Forderungen allgemeiner Natur, wie die parlamentarischen Neuwahlen, erhoben hat, ist sie erst recht gefährlich geworden. Trotzdem die Regierung — nach bekannten Mustern — erklärt, das ganze sei nur Machwerk gewissenloser Agitatoren, gewinnt man doch immer mehr den Eindruck, daß der Aufstand von der Bevölkerung moralisch unterstützt wird.

Beides, sowohl die Offiziersrevolte wie der Albaneraufstand, wären sicher zu vermeiden gewesen, hätte die Regierung nicht mit Gewalt die parlamentarische Opposition unterdrückt. Da das Kabinett, als es seine Majorität verloren hatte, statt zurückzutreten, vorgezogen hatte, dem Parlament den Rückgrat zu brechen, so hat es dadurch die Kabinettsfrage in eine politische Krisis verwandelt.

Die Demission des Kriegsministers Mahmud Scheflet war weniger ein Zugeständnis an die revoltierenden Offiziere, als an jene, die nicht revoltiert haben. Zwischen beiden besteht ja, wie ich bereits hervorgehoben habe, kein Gegensatz, vielmehr ein moralischer Zusammenhang. Um nun die gemäßigte Opposition unter den Offizieren zu versöhnen und so ihren Uebertritt zu den radikalen Elementen zu verhindern, deshalb ließ man Mahmud Scheflet gehen.

Dieser Mann ist nicht etwa gestürzt, er ist einfach hinwegeräumt worden, wie man einen verbrauchten Gegenstand wegräumt. Sein Abgang zeigte erst recht seine Bedeutungslosigkeit. Er ist spurlos verschwunden, wie eine geplatzte Seifenblase. Darum hat diese Demission politisch nichts geändert. Und weil politisch nichts geändert wurde, dann gab es Schwierigkeiten bei der Neubesetzung des Postens des Kriegsministers. Die wichtigste Persönlichkeit, die in Betracht kam, war Nazim Pascha. Er ist bekannt als ein Mann von großer Energie. Das Komitee wollte eine „eiserne Faust" haben. Aber Nazim Pascha hatte kein Vertrauen mehr zu der Macht des Komitees und stellte Bedingungen, die auf eine Beseitigung der Herrschaft des Komitees hinausliefen. So scheint man denn schließlich, sich einen Mann auserwählt zu haben, der bis jetzt weder militärisch noch politisch als Größe sich hervorgetan hat, aber als treuer Anhänger des Komitees gilt. Das ist Mahmud Muktar Pascha.

Unter diesen Verhältnissen trat das Kabinett an das Parlament heran, und der Großwesir Said Pascha hielt seine große Rede. Aber dieses Parlament ist ja in dem gegebenen Augenblick auf Leben und Tod mit dem Kabinett verbunden. Stürzt das Kabinett, dem Druck von außen folgend, so müssen Neuwahlen ausgeschrieben werden. Kein Wunder deshalb, daß das Parlament ohne Debatte, fast einstimmig der Regierung das Vertrauen votierte. Eine politische Bedeutung hat dieses Votum nicht.

In der Rede des Großwesirs wie des Ministers des Aeußeren ist nur die wiederholte, nachdrückliche Betonung der guten Beziehungen zu England bemerkenswert. Auf diesen Ton ist hier jetzt alles gestimmt. England ist zum einzigen und letzten Hoffnungshort geworden, von ihm allein erwartet man die Rettung des Reiches.

Einige Tage vor dem Vertrauensvotum hat das Parlament ebenso einstimmig die neuen Steuern votiert. Sie heißen provisorisch, bedingt durch den Kriegsbedarf, und sollen nur höchstens drei Jahre in Kraft bleiben. Sie werden, besonders die Salzsteuer, die den Salzpreis um 50 Proz. steigert, das Elend der Massen steigern und infolgedessen auch die politische Gärung. Dazugleich der Plan besteht, diese neuen Steuern zu verpfänden, um eine Anleihe zu erlangen, so wird damit auch noch die Schuldknechtschaft der Türkei gesteigert werden.

Alles zusammen: triste Aussichten!

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 22. Juli 1912.

Die „blinde" Justiz.

Als nettes Gegenstück zu dem Bochumer Zuchthausurteil, der Verurteilung von Frauen zu Gefängnis für das Wörtchen Pfui, sei folgendes mitgeteilt. Die Strafkammer in Aachen verurteilte den dortigen Gießereibesitzer Vonderhacken, weil er anläßlich des Aachener Formerstreiks einen Arbeiter erschossen hat, zu drei Monaten Gefängnis. Statt die bescheidenen Forderungen der Former zu bewilligen, suchte Vonderhacken den Abfall des Arbeitsmarktes zusammen und zahlte diesen Elementen Löhne, wie die Former sie nie zu fordern gewagt haben würden. Er beherbergte die Streikbrecher, fütterte sie unentgeltlich und unternahm mit ihnen Auto- und Droschkenfahrten. Auch kaufte er ihnen Revolver und hielt mit ihnen Schießübungen ab. Das ganze Wesen des Unternehmers wirkte auf die Aachener Bevölkerung äußerst provokatorisch. Am Tage vor dem verhängnisvollen Schuß soll an dem Vonderhackenschen Hause eine Fensterscheibe zertrümmert und eine Türfüllung beschädigt worden sein. Weitergehende Feindseligkeiten sind erst nach der entsetzlichen Tat des Fabrikanten geschehen. Als am Abend der Tat abermals eine Fensterscheibe eingeschlagen worden war, kam Vonderhacken aus dem Hause gestürzt und erschoß einen geradevorbeigehenden jungen Arbeiter der weder mit dem Streik noch mit dem Vorgang das allermindeste zu tun hatte. Der Angeklagte behauptete, er habe „nur einen Schreckschuß" abgeben wollen; auf den Ruf seiner Angehörigen sei er von der zweiten Etage heruntergerannt und habe, ohne die Straße abzusehen, einen Schuß auf das Straßenpflaster abgegeben; den Schreiben Getroffenen habe er wohl gehört, aber angenommen, der Mann — verstellte sich nur. Eine Anzahl uninteressierter Zeugen bekunden im Gegensatz zu den Vonderhacken nahestehenden Zeugen, dieser sei ruhig aus dem Hause gekommen und habe den Schuß in zielender Richtung abgegeben.

Der Gemordete war aus dem benachbarten Holland zu Hause. Als auf telegraphische Nachricht seine alten Eltern herbeieilten, und dann von dem Revolverschützen Rechenschaft für ihren schuldlosen Sohn forderten, da hatte Vonderhacken kein Wort der Bitte um Verzeihung, kein Wort des Trostes für das ergraute Paar; ohne Gruß und ohne Hilfe ließ er es ziehen.

Vor Gericht indes hat er um ein mildes Urteil. Und das ist ihm geworden. Mit drei Monaten Gefängnis soll die Fredella gesühnt sein, und vielleicht wird diese Strafe wohl auch noch auf dem bekannten Gnadenwege gemildert werden.

Gleich nachher stand ein Arbeiter vor den Schranken des nämlichen Gerichts. Er hatte einen Hund angeschossen, nicht erschossen, und den Herrn des Tieres „genötigt". Dieser Angeklagte erhielt vier Monate Gefängnis. O, die „blinde" Justiz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191207 23-10/fragment/page=0001

Arenberge gefällig?

Die Zentrumspresse lamentiert darüber, daß es in Preußen zu wenig katholische Landräte gäbe. Herr Erzberger hat nun weiter entdeckt, daß sich in den Kolonien zu wenig katholische Adelige als Grundherren niedergelassen haben. Offenbar befürchtet er, daß die Kolonien, trotz der vielen katholischen Missionare, evangelisch „verseuchen". Deshalb empfiehlt er in der Zentrumspresse:

„Namentlich der katholische Hochadel sollte sich mehr für die Kolonialpolitik interessieren; für seine nachgeborenen Söhne wäre hier ein weites Feld fruchtbarer Tätigkeit. Nachdem der Kaiser mit gutem Beispiel vorangegangen ist und in Südwest eine Farm gekauft hat, dürften unsere Adligen folgen. In Ostafrika gibt es noch genügend gute und gewinnbringende Pflanzungen; Kamerun vollends ist und bleibt unsere beste Kolonie, die sich immer mehr mit ihren reichen Naturschätzen erschließt. Als Katholiken wollen wir nirgends im Rückstande sein, auch nicht bei der Erschließung der Schutzgebiete."

Der katholische Hochadel, die Arenberg, Löwenstein usw. werden sich allerdings hüten, die Mahnung Erzbergers zu befolgen. Oder meint man, die Kolonien sollten mit noch mehr Exemplaren a la Prinz Arenberg, dem Totpeitscher, heimgesucht werden?

Die Regierung für Volksausbeutung?

— „Von den sozialdemokratischen Gewerkschaften ist in Verbindung mit den Konsumvereinen gleicher Farbe der Plan zu einer sogenannten Volksversicherung in Angriff genommen worden. Es versteht sich von selbst, daß hier nur der notdürftige humanitäre Ausbau gelassen wurde, um im Beginn zu blenden; sonst aber ist die Einrichtung, wie jede von der gleichen Herkunft, als eine Fangvorrichtung gedacht, womit man, immer weitergreifend, neue Kreise an die Parteizwecke heranzwingen möchte."

Also beginnt ein Artikel in dem offiziösen Regierungsorgan, Nordd. Allgem. Ztg. benamset. Weiter bemerkt die „Offiziöse", ursprünglich habe die Absicht geherrscht, den Versicherten keinen Rechts-Anspruch zu gewähren, um, wie die Kreuzzeitung ausgeführt habe, die Gewerkschaftler an die Kette zu legen, damit sie jederzeit ein willenloses Werkzeug in der Hand des Gewerkschaftsführers seien. Diesem Plan habe das Aufsichtsamt für Privatversicherung einen wirklichen Damm entgegengesetzt, indem es einfach vorschrieb, die Volksversicherung müsse einen Rechtsanspruch gewähren, widrigenfalls die Genehmigung versagt würde. Dann macht sich das edle Organ der — Regierung die Forderung zu eigen, die auf dem landwirtschaftlichen Genossenschaftstage in Dresden erhoben wurde, nämlich, eventl. durch ein Gelegenheitsgesetz die Volksversicherung zu verbieten. Hinter dem Aushang des Regierungsorgans verbirgt sich nacktes kapitalistisches Interesse. Der Schutz der Plünderrechte ist des Staates oberstes Gesetz.

Deutsches Reich.

— **Landräthliche Vorsehung.** Mit welchem Hochdruck die Behörden in Preußen gegen den Geburtenrückgang vorgehen, zeigt folgende Maßnahme des Düsseldorfer Regierungspräsidenten. Er untersagt in einer Verfügung den Standesbeamten seines Regierungsbezirks, Geburten und Eheschließungen durch die Zeitungen künftig anzukündigen. Es soll dadurch verhindert werden, daß Familien Broschüren und sonstige Angebote zugesandt werden, die zumeist die Verhütung von Kindersegen betreffen. Angesichts der Bewegung, die Zahl der Geburten künstlich niederzuhalten, müsse diesem Treiben mit aller Schärfe entgegengetreten werden. — Es wird angenommen, daß dieses Verbot auf das ganze preußische Staatsgebiet ausgedehnt wird.

— **Der Zweck heiligt . . .** Die Mecklenburgische Warte läßt durchblicken, daß der konservative Kandidat für Parchim-Ludwigslust, Prof. Dr. Dade, selbst der Urheber des roten Zettels ist, der die Sozialdemokraten ersuchte, bei der Stichwahl konservativ zu wählen. Das zitierte Blatt meint aber, das sei eine reine Privatangelegenheit des Prof. Dade. Herr Dade ist Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsrats, also einer der bedeutendsten Agrarheiligen. Der Deutschen Tageszeitung werden die getroffenen Feststellungen nicht gerade angenehm sein, aber in bewährter Uebung wird sie sich aus dieser unangenehmen Lage schon herauszulügen wissen.

— **Patriotisch und zugeknöpft.** Die „Kameraden-Arbeiter" in den deutschen Kriegervereinen sollten dadurch von dem Eintritt in die freien Gewerkschaften bewahrt werden, indem man ihnen eine Unterstützung im Falle von Streiks oder Aussperrungen auszahlen wollte. Es fehlte nur am nötigsten dazu, am Gelde. Die Beamten, Hausbesitzer und Handwerksmeister weigern sich, die deshalb vorgeschlagenen Beitragserhöhungen zu zahlen und der Abgeordnetentag des schlesischen Provinzialverbands ließ keinen Zweifel darüber, daß die Erhöhung abgelehnt würde. Deshalb wurde die Beschlußfassung wieder bis zum Jahre 1913 vertagt. Inzwischen nahmen aber auch die Kreisverbände zu dem Vorschlage ablehnend Stellung. Die „Arbeiter-Kameraden" werden also mit dem Hungerriemen aushelfen müssen.

— **Ist das nicht verboten?** Die zur Entlassung kommenden Mannschaften des Infanterieregiments Nr. 92 und die des Husaren-Regiments Nr. 17, beide in Braunschweig, wurden am Dienstag und Mittwoch nachmittag mit den Unteroffizieren unter Führung von Offizieren in das Exerzierhaus bezw. die Reitbahn kommandiert, um Vorträge des Oberpostassistenten Behsee aus Magdeburg über das Wesen der Sozialdemokratie und den Wert der Kriegervereine anzuhören. Der Redner statte den Regimentern zunächst seinen Dank dafür ab, daß man ihm gestattet habe, zu den Soldaten sprechen zu können, um sie für eine gute Sache zu begeistern. Denn die Bestrebungen der Armee und der Kriegervereine seien die gleichen, und ihre beiderseitigen Ziele gipfelten in der Vertiefung nationalen und vaterländischen Pflichtbewußtseins, in der Betätigung rückhaltloser Treue für Monarchie und Vaterland. Dann verbreitete er sich eingehend über das Wesen der Sozialdemokratie, wie, wird leider in der bürgerlichen Presse nicht gesagt, um dann zum Beitritt in die Kriegervereine aufzufordern, deren Verdienste im Unterstützungswesen er über den grünen Klee lobte. Von dem Magdeburger Kriegerverein sind den beiden Braunschweiger Regimentern auch je 50 Exemplare der Broschüre Hoch lebe der Reservemann überwiesen worden, die vom Deutschen Kriegerbunde herausgegeben worden ist.

Das Unterstützungswesen der Kriegervereine ist in seiner Wirkung allerdings kläglich genug, denn der ganze Landwehrverband für das Herzogtum Braunschweig z. B. mit seinen annähernd 25 000 Mitgliedern zahlt im Jahresdurchschnitt etwa 33 000 Mk. an Unterstützung aus, während zu derselben Zeit die freien Gewerkschaften der Stadt Braunschweig mit ihren 14 000 Mitgliedern allein weit über 200 000 Mk. als Unterstützung an ihre Mitglieder zurückfließen lassen.

Wir sind nicht kindlich genug anzunehmen, die geschilderten Reitbahn-Uebungen könnten die Sozialdemokratie schädigen, aber wir meinen, Politik in der Kaserne sei verboten.

Das deutsch-französische Kongoabkommen.

Die deutsch-französische Kommission, welche in Bern tagte, um die Ausführung des deutsch-französischen Kongo-Abkommens vom 4. November 1911 in die Wege zu leiten, beendete ihre Arbeiten. Am Freitag unterzeichnete sie das Schlußprotokoll, das den Wortlaut der den beiderseitigen Regierungen zu unterbreitenden Vereinbarungen enthält.

Halbamtlich wird über die Verhandlungen, die am 17. Juni begannen, und die sechs Wochen dauerten, gemeldet:

Die Arbeiten haben für beide Teile einen durchaus befriedigenden Verlauf genommen. Ihr nächster Zweck bestand darin, die technische Tätigkeit der an Ort und Stelle zu entsendenden Abgrenzungskommission vorzubereiten. Sodann soll eine Vereinbarung über die Modalitäten und Daten für die Uebergabe der Gebiete, die abzutreten sind, getroffen werden. Die Kommission hat diese Aufgabe in der Weise gelöst, daß sie über jede der beiden Fragen den Text für eine Vereinbarung festlegte, die den Regierungen zur Ratifizierung unterbreitet werden soll.

Die schwierigste Frage betraf die Kongessionsgesellschaften in dem an Deutschland abgetretenen Gebiete. Deutschland hatte Zweifel ausgedrückt, ob die erteilten Kongessionen legitim seien, sie ständen in Widerspruch zu der Handelsfreiheit der Berliner Kongoakte. — Der Vertrag von Bern, wie er nun zustande gekommen ist, trägt nicht den Charakter einer Schlußaktion. Er ist lediglich ein neues Glied in einer langen Kette.

England.

Flottenrüstungen.

Der mit großer Spannung erwartete Nachtragsetat der Admiralität ist erschienen. Auf den ersten Blick scheint er die Aufregung, die wochenlang sowohl in den Kreisen der Flottentreiber wie ihrer Gegner herrschte, wenig zu rechtfertigen. Der Nachtragsetat fordert eine Mehrausgabe von 990000 Pfund Sterling, was den gesamten Flottenetat für das laufende Finanzjahr auf mehr als 45 Millionen Pfund Sterling hinaufbringt. Die einzelnen Posten des Nachtragsetats verteilen sich folgendermaßen: Vermehrung der Mannschaft um 1500 auf die Gesamtzahl von 137 500 114 000 Pfund; Beschleunigung von Schiffsbauten 846 000 Pfund; neue Werftbauten für Schiffe und Luftschiffe 30 000 Pfund.

So schwer und unverantwortlich diese neue Belastung des englischen Volkes ist, so erscheint sie an den wahnwitzigen Leistungen des internationalen Wettrüstens und den Erwartungen gemessen an sich doch mäßig. Als der Flottenminister Churchill im März seinen ursprünglichen Flottenetat einbrachte, der eine nicht unbeträchtliche Verringerung der Ausgaben im Vergleich zum Vorjahre auswies, da erklärte er im Unterhause, daß es bei dieser Ausgabe nur unter der Bedingung bleiben werde, daß andere Flottenmächte, nämlich Deutschland, ihr Flottenprogramm nicht vermehren. Anderenfalls würde ein Nachtragsetat notwendig sein. Später hat Churchill im Unterhause und außerhalb noch viel deutlicher gesprochen. Er wandte sich direkt und ausdrücklich an Deutschland und stellte es vor die Alternative, entweder durch den Verzicht auf ein vermehrtes Flottenprogramm eine Verminderung der englischen Flottenrüstungen zu ermöglichen, oder durch Vermehrung der Rüstungen England zu noch größeren Anstrengungen zu veranlassen.

Die Neuforderung von einer Million Pfund Sterling bleibt hinter den Hoffnungen der einen und den Befürchtungen der andern weit zurück. Daß Churchill und die hinter ihm stehenden Flottentreiber sich mit Plänen einer weit größeren Flottenvermehrung tragen, ist ebenso sicher. Das Alarmgeschrei von der Entblößung des mittelländischen Meeres ist nicht des bloßen Zeitvertreibs wegen in die Wege geleitet.

Die Radikalen hüten sich, in Jubel über ihren Erfolg auszubrechen. Nicht weil sie etwa plötzlich so unbescheiden geworden wären, daß sie auch den Nachtragsetat, wie er sich jetzt gibt, für zu imperialistisch erklärten. Aber sie scheinen zu fürchten, daß die Sache mit dem Nachtragsetat noch nicht abgetan ist. Churchill wird am Montag seine Statsrede im Unterhause halten, und es herrscht das Gefühl vor, daß dieser Kommentar zum Nachtragsetat den Erfolg der Pazifisten als viel geringer erscheinen lassen wird.

Der Daily Telegraph enthält einen Artikel, der darauf hindeutet, daß die Abwesenheit neuer Schiffsbauforderungen auf etwas ganz anderes zurückzuführen ist, als einen Erfolg der Radikalen oder die Aufgabe der Flottenpläne im mittelländischen Meere — nämlich auf den Umstand, daß alle britischen Schiffsbauwerften mit Arbeit so überbürdet sind, daß sie einen Auftrag zum Bau neuer Kriegsschiffe jetzt gar nicht annehmen könnten. Danach haben die britischen Werften augenblicklich nicht weniger als 23 große Schlachtschiffe in Arbeit, von denen jedes die kolossale Summe von 10 Millionen Arbeitsstunden zur Fertigstellung bedarf. Alle diese Schiffe werden nur mit beträchtlichen Verzögerungen fertiggestellt werden können. Das Blatt führt diese Verzögerung auf die chronischen Streiks und auf den Umstand zurück, daß die Heranziehung neuer qualifizierter Arbeiter mit der gewaltigen Expansion der Kriegsschiffbauindustrie nicht Schritt halten konnte. — Da darf man auf die Flottenrede Churchills in der Tat gespannt sein. Die Unfähigkeit der Mordwaffenindustrie, ihre eigene Beute zu verzehren, wäre ein bequemer Anlaß zu einer neuen Flottenhetze, wenn sich nicht in Deutschland dieselbe Erscheinung böte.

Kleines Feuilleton.

Aus der Urgeschichte der Schrift.

Wann und wie der Mensch zuerst darauf verfiel, für das gesprochene Wort bestimmte Zeichen zu ersinnen und dadurch eine Schrift zu begründen, wird wohl für immer im Dunkel der Vergangenheit verhüllt bleiben. Nur soviel läßt sich wenigstens vermuten, daß die älteste Schrift eine Bilderschrift nach der Art der Hieroglyphen gewesen sein dürfte, so daß auch beim Urmenschen die Gelehrsamkeit gewissermaßen mit dem Anschauungsunterricht begonnen hätte. Auf die Begründung dieser Annahme gehen auch die Untersuchungen aus, die Dr. Courtie zunächst in den berühmten südfranzösischen Höhlen angestellt und dann an den Resten der Urbewohner anderer Gegenden erfolgt hat. Dieser Forscher bezeichnet es wenigstens als möglich, daß die rohen Gemälde des vorgeschichtlichen Menschen, die ich in den erwähnten Höhlen gefunden haben, nicht nur der Befriedigung der ersten künstlerischen Launen und Triebe, sondern auch dem Ausdruck von Worten und Wortbildungen gedient haben. Es läßt sich aber kaum annehmen, daß die Schrift an einem Ort der Erde gefunden sei und sich von dort aus über die Menschheit verbreitet habe. Vielmehr dürfte sich diese Entwicklung an mehreren Stellen selbständig vollzogen haben, und war stets in der gleichen Folge, indem man von der Bilderschrift zu Symbolen, dann zur Bezeichnung einzelner Laute und schließlich zur Feststellung von Buchstaben gelangte. Als Beweis dafür wird zunächst Mexiko und Südamerika angeführt. Als die Spanier unter Cortez nach Mexiko gekommen waren und bald jesuitische Missionare nachfolgten, bedienten sich diese für ihren Unterricht im christlichen Glauben noch bildlicher Zeichen. Dennoch hatten die damaligen Bewohner von Mexiko, die Azteken, die erste Stufe der Vorbildung schon überschritten, denn auf den berühmten Denkmälern der Halbinsel Yukatan finden sich Schriftzeichen, die ohne Zweifel weit älter sind, und ebenso ist eine solche Urschrift in Peru entdeckt worden. Bisher ist ihre Entzifferung noch nicht gelungen, ebensowenig wie die Deutung der Bilder an den Höhlenwänden in Südfrankreich, aber Dr. Courtie hält diese Aufgabe für nicht unlösbar. Am bekanntesten und am längsten richtig gedeutet sind die Hieroglyphen der alten Aegypter, aber auch in Chaldäa und im alten China bestand eine ähnliche Bilderschrift. Noch jetzt läßt sich an einigen der weniger verwickelten chinesischen Schriftzeichen eine gewisse Aehnlichkeit mit der Form des bezeichneten Gegenstands erkennen. Daß der vorgeschichtliche Mensch sich schon mehr gewohnheitsmäßig mit der Herstellung einer Schrift beschäftigt haben könnte, hat Courtie schon vor zehn Jahren an dem Fund gewisser Steinwerkzeuge nachzuweisen gesucht, die nach ihrer Form und Beschaffenheit wohl zum Eingraben der Zeichen auf Steinen gedient haben könnten. Schließlich besteht dem Sinn nach auch kaum ein Unterschied zwischen einem Wortzeichen, das einen Pfeil bedeutet, und dem Bilde eines solchen, und es erscheint selbstverständlich, daß eine solche Bilderschrift sich überall anfänglich entwickelt hat. Reste derartiger Urkunden sind ziemlich reichlich vorhanden und in verschiedenen Erdgegenden gefunden worden, so in Wales und in Irland, in der Schweiz und Italien, auf der Insel Kreta, in verschiedenen Teilen des Orients und auch in Nordafrika.

Ein neuer Akkumulator.

Es wird wohl zweifellos einmal dahin kommen, daß die Erfindung eines neuen Akkumulators von großer Leistungsfähigkeit bei geringem Gewicht gemacht wird, aber bisher haben sich die Nachrichten, die von Zeit zu Zeit verkündeten, daß dies wichtige Ziel erreicht sei, noch immer als Täuschungen erwiesen. Edison hat doch wahrhaft Großes geleistet — man denke nur an die elektrische Glühlampe und den Phonographen —, und doch ist er an der Aufgabe des Akkumulators gescheitert und hat dadurch, ehrlich gesagt, einen Teil seines Rufes eingebüßt. Wenn seine Angaben über die auf diesem Gebiet erreichten Erfolge zutreffend gewesen wären, so würde sein neuer Akkumulator längst die Welt erobert haben, wie es zuvor andere seiner genialen Erfindungen getan haben. Jetzt kommt wieder einmal die Kunde, daß durch eine sehr wichtige Erfindung endlich die erwartete Revolution in der Industrie der Akkumulatoren und damit vieler Anwendungen der Elektrizität überhaupt unmittelbar bevorsteht. Der Präsident der polytechnischen Akademie in Kopenhagen, Professor Hannover, soll einen Akkumulator erfunden haben, der bei gleicher Größe und gleichem Gewicht fünfmal mehr Elektrizität liefert als die besten Akkumulatoren der Gegenwart. Die Hauptsache an seiner Konstruktion besteht nach einem Bericht der Wochenschrift English Mechanic in einer porösen Bleilegierung, die gleichfalls seine besondere Erfindung ist und von ihm als Porenmetall bezeichnet wird. Durch den Besitz vieler Millionen mikroskopischer Löcher soll eine weit innigere Berührung mit der Füllsäure erzielt werden. Namentlich wird darauf gerechnet, daß diese Akkumulatoren zunächst für Flugmaschinen, Unterseeboote und zur Beleuchtung von Eisenbahnwagen dienen werden. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich diese Erfindung von den früheren Bleischwamm-Akkumulatoren zu ihren Gunsten unterscheidet.

Die Ferien einer Amerikanerin.

Die amerikanische Frauenzeitschrift The Womans Home Companion setzte kürzlich Preise aus für die besten Aufsätze über die von Hausfrauen verlebten Ferien. Bei der Verteilung erhielt einen der Preise eine Frau aus Wyoming, und zwar für einen Brief, der, kurz zusammengedrängt, wie folgt lautet: „Ich bin die Frau eines Ranchers (Viehzüchters) und eines Farmers Tochter, und ich weiß, was es heißt, von früh bis spät zu arbeiten. Ich wußte auch, daß ich mich während meines Urlaubs zu Tode langweilen würde, wenn ich nichts zu tun hätte, und so machte ich meinem Mann den Vorschlag, mich ihm als Arbeiter zu verdingen, zumal er doch keine „Hände" bekommen konnte. Ich stellte ein Mädchen für die Hausarbeit ein und sagte diesem, ich dürfe absolut über nichts befragt werden, da ich meine Ferien ohne irgend welche Haushaltssorgen genießen wolle. Und so zog ich denn blaue Arbeitshosen an, eine dito Jacke, setzte einen breitrandigen Hut auf, steckte die Hände in Handschuhe und begann zu mähen. Am Abend mußte ich noch die Pferde versehen und legte mich dann recht müde ins Bett. Am anderen Morgen fühlte ich meine Glieder kaum mehr, dennoch blieb ich an der Arbeit; ich mähte soviel wie irgend ein anderer Arbeiter und konnte die Nacht ausgezeichnet schlafen. So arbeitete ich jeden Tag meine zehn bis zwölf Stunden und fühlte mich so wohl wie seit langem nicht mehr. Am Ende meiner dreiwöchigen Ferien zahlte mir mein Mann meinen Lohn aus. Ich hatte, nachdem ich der Hausbesorgerin ihren Lohn gegeben hatte, acht Dollars per Woche übrig und stürzte mich nun wieder mit verdoppeltem Eifer in den Haushalt; ich war viel besser ausgeruht, als wenn ich wochenlang in der Hängematte gelegen und Romane gelesen hätte." Alle Hochachtung vor dieser tüchtigen Frau aus Wyoming; aber wir wollen sie doch nicht als Musterweib ansehen.

Trauerverstümmelungen.

Einer uralten und merkwürdigen Sitte, über deren Ursprung die Meinungen noch nicht geklärt sind, entspringen die Trauerverstümmelungen, die außer in oft grausamen Selbstzerfleischungen und im Scheren der Haare in der Entfernung eines oder mehrerer Fingerglieder, seltener der Zehen oder eines Ohres der Trauernden bestehen. In einem Feuilleton der Rhein.-Westf. Ztg. schreibt Hermann Singer darüber: Beispiele sind besonders von den Indianern, aber auch von Afrikanern und Südseevölkern bekannt; es scheint indessen, daß diese Sitte allgemein im Verschwinden begriffen ist. Von den Schwarzfuß-Indianern hat noch jüngst Mc Clinstock berichtet, die Trauernden schnitten sich manchmal „etwas vom Finger", gewöhnlich das erste Glied des kleinen Fingers, ab; besonders tiefe Trauer aber gebiete das Verkürzen des Haares. Ein anderer Beobachter, Thomson, sah auf den Fidschi-Inseln kaum einen älteren Eingeborenen, dem nicht der kleine Finger einer Hand oder beider Hände fehlte. Eine ältere Nachricht erwähnt einen Sioux-Indianer, der, um seinen im Kampfe gefallenen Sohn trauernd, sich jeden Monat ein Stück von einem Ohre abschnitt und, da die vorgeschriebene Trauerzeit ein Jahr betrug, das Ohr bald ganz geopfert hatte. Bekannt ist die Trauerverstümmelung von den Skythen und den alten Aegyptern. Die Ethnologen nehmen zumeist an, daß die Sitte ein Ersatz oder eine Ablösung des Menschenopfers sei. Eine neuere Ansicht aber (von K. Th. Preuß) geht dahin, man habe es mit einem Versuch der Hinterbliebenen, ihr moralisches Gleichgewicht herzustellen, mit der „ältesten Urkunde des sich regenden Gewissens im Menschengeschlecht" zu tun, wobei die Anschauung voraussetzen sei, die Hinterbliebenen fühlten sich am Tode des Verwandten mitschuldig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120723-10/fragment/page=0002

Türkei.

Der neue Großwesir.

Wie die Times aus Konstantinopel meldet, ist das kaiserliche Irade erschienen, das Muktar Pascha zum Großwesir ernennt. In einer Mitteilung an die Presse drückt der Sultan den Wunsch aus, daß der frühere Großwesir Ferrid Pascha, sowie der ehemalige Finanzminister Zia Pascha im neuen Kabinett vertreten sein möchten. Es ist noch nicht bekannt, ob sie sich dazu entschließen werden. Portefeuilles in der neuen Regierung zu besitzen. Man glaubt, die äußerste Linke sei bereit, das neue Kabinett zu unterstützen. Ob die Kammer aufgelöst wird, darüber verlautet noch nichts bestimmtes. Es ist wahrscheinlich, daß auch das jungtürkische Komitee der neuen Regierung seine Unterstützung gewähren wird.

Die Offiziere der Garnison Konstantinopel hielten Sonnabend abend in dem Vorort Bostanschik eine Versammlung ab. Der Kriegsminister, der davon erfahren hatte, entsandte zwei Offiziere zu der Versammlung, um nach dem Zweck derselben fragen zu lassen. Die Offiziere antworteten, sie verlangten die Auflösung des Parlaments und unabhängige Männer an der Spitze der Regierung. Die Versammlung konnte ohne Störung zu Ende geführt werden.

Aus der Partei.

Der Sozialdemokratische Verein Stuttgart steigerte im Geschäftsjahre 1911-12 seine Mitgliederzahl von 6833 auf 9157. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist 712. Die Beitragsleistung erhöhte sich von 28 236 Mk. auf 38 803 Mk. Bis jetzt ist es noch nicht möglich gewesen, der aufstrebenden Jugendorganisation zur Schaffung des dringend notwendigen Jugendheims finanzielle Beihilfe zu leisten.

In kaum einer Organisation Deutschlands sind so heftige prinzipielle und taktische Kämpfe geführt worden als wie in Stuttgart. Diese Auseinandersetzungen haben die Entwicklung der Organisation nicht gehemmt, wie die Zahlen beweisen. Seit dem Jahre 1908, als die Parteileitung in die Hände der Radikalen überging, hat sich die Mitgliederzahl mehr als verdoppelt, sie stieg von 4115 auf 9157; die Gesamtausgaben stiegen von 17 271 auf 52 013 Mk.

Gewerkschaftliches.

Ungesetzliches Verbot.

Juristische Auslegungskunst muß jetzt täglich Gründe für das Verbot des Streikpostenstehens beibringen. Nicht wenige mit Strafmandaten bedachte Streikposten verlangen auf Grund der Reichsgerichtsentscheidung, die das Streikpostenstehen für zulässig erklärte, die Annullierung polizeilicher Strafmandate durch Richterspruch. So viel Entscheidungen, soviel widersprechende Begründungen. Doch alle lassen das Reichsgerichtsurteil außeracht, obwohl die Entscheidungen dieses höchsten Gerichtshofes sonst als Richtschnur für die untergeordneten Gerichte gelten.

Einer allzu eifrigen Polizeibehörde ist nun aber doch durch eine Gerichtsentscheidung ein kleiner Dämpfer aufgesetzt worden.

In Lengenfeld i. V. streikten im vorigen Monat die Arbeiter einer Baumwollenspinnerei. Der Stadtrat erließ während des Streiks eine öffentliche Bekanntmachung, wonach Streikpostenstehen wegen Gefährdung der Ordnung und Sicherheit des Verkehrs in zwei Straßen der Stadt verboten sein sollte. Einige Streikende, die trotz des Verbots Streikposten gestanden hatten, erhielten vom Stadtrat Strafverfügungen, wogegen sie beim Schöffengericht in Lengenfeld gerichtliche Entscheidung beantragten. Alle Zeugen bekundeten, daß durch die Streikposten der Verkehr nicht gestört war. Selbst der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte Freisprechung. Wohl sei der Stadtrat berechtigt, so führte er aus, Anordnungen zu erlassen, um die Sicherheit des Verkehrs zu schützen, er hatte aber kein Recht, das Streikpostenstehen schlankweg zu verbieten. Das Verbot des Stadtrats sei demnach ungesetzlich und könne eine Bestrafung des Angeklagten nicht erfolgen. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und sprach sämtliche Angeklagten kostenlos frei. Nur lästiges Streikpostenstehen könne durch eine Verordnung verboten werden. Der Stadtrat habe aber jedes Streikpostenstehen verboten und dazu hatte er kein Recht — sagt die Urteilsbegründung.

Ende des Streiks bei Hauswaldt in Magdeburg.

Der Streik der Fabrikarbeiter in den Zichorienfabriken der Firma Joh. Gottl. Hauswaldt in Magdeburg ist beendet. Die Arbeiter beschlossen am Sonnabend, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Die Betriebsleitung erklärte sich zum Abschluß eines Tarifvertrages bereit und bewilligte Lohnerhöhungen. Die Streikenden werden sämtlich wieder eingestellt und treten in ihre vollen Rechte hinsichtlich der Pensionskasse usw. wieder ein.

Boykott über die Firma Harry Trüller in Celle.

Ein eingefleischter Gegner des Koalitionsrechtes der Arbeiter ist Herr Harry Trüller, Zwieback-, Waffel- und Keksfabrikant in Celle. Der Unternehmer ging sogar dazu über, jedem Neueintretenden folgenden Revers zur Unterzeichnung vorzulegen:

„Ich verspreche, daß ich nicht Mitglied des Bäcker- und Konditorenverbandes bin und verpflichte mich, weder innerhalb noch außerhalb der Arbeitsstätte für diesen Verband tätig zu sein.

Herr Trüller, der selbst Vorsitzender einer Fabrikantenvereinigung ist, scheut also nicht davor zurück, den Beschäftigten das Koalitionsrecht zu rauben.

Von der zuständigen Organisationsleitung wurde versucht, in dieser Angelegenheit eine Unterredung mit dem Fabrikanten herbeizuführen. Sie wurden jedoch abgewiesen, mit der Bemerkung, daß sich Trüller unter keinen Umständen in eine Aussprache einlassen werde. Da der Unternehmer auch Lieferant der Großeinkaufsgesellschaft des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist, wurde ein letzter Vermittlungsversuch durch Herrn Generalsekretär Kaufmann unternommen. Jedoch auch dieser scheiterte. Herr Trüller erklärte hier rundweg, daß er sich nicht zum Sklaven des Verbandes der Bäcker machen lasse, dann verzichte er lieber auf das ganze Geschäft.

Nachdem nun alle Versuche, gescheitert waren, um die Anerkennung des Koalitionsrechtes für die Beschäftigten zu erwirken, befaßte sich die organisierte Arbeiterschaft in Celle mit diesen Vorgängen in einer öffentlichen Versammlung. Dort wurde einstimmig beschlossen, bei den zuständigen Gewerkschaftsinstanzen die Verhängung des Boykotts über die Produkte der Firma Trüller aussprechen zu lassen. Diesem Ersuchen wurde auch stattgegeben.

Die organisierte Arbeiterschaft hat keine Ursache, einem solchen Unternehmer Waren abzukaufen, der ihre Arbeitsbrüder an der Ausübung des Koalitionsrechtes hindert, und sie wird dafür sorgen, daß der Boykott mit aller Schärfe durchgeführt wird. Die Waren setzt Trüller hauptsächlich außer in den Konsumvereinen auf den Bahnhöfen, in den Bäckereien, Konditoreien, Cafés und Kolonialwarengeschäften um. Es ist also nicht nur den Frauen, die bei der Durchführung des Boykotts hauptsächlich in Betracht kommen, Gelegenheit gegeben, sondern auch die Männer können viel zur Unterstützung beitragen. Die Firma ist mit ihren Massenartikeln hauptsächlich auf die Arbeiterschaft als Konsumenten angewiesen, wie auch das Hauptabsatzgebiet in diesen Kreisen besteht. Nach fast allen größeren Städten liefert Trüller an Händler und Nahrungsmittelgeschäfte. Man achte daher genau auf die Verpackung und weise jede Ware aus der Firma Trüller so lange zurück, bis an dieser Stelle über die Aufhebung des Boykotts berichtet werden kann. Die boykottierte Firma wird nun versuchen, in den bürgerlichen Zeitungen Erwiderungen zu veröffentlichen, in welchen besonders auf die hohen Löhne hingewiesen wird. Dazu bemerken wir vorweg, daß heute noch Arbeiterinnen mit 8 Mk. pro Woche eingestellt werden, und von diesem kargen Verdienst werden ihnen für die Arbeitskleidung noch Abzüge gemacht.

Partei- und Gewerkschaftsgenossen! Meidet so lange den Bezug von Zwieback, Waffeln und Keks von der Firma Harry Trüller in Celle, bis sich auch dieser Unternehmer bequemt, den Beschäftigten das ihnen gesetzlich zustehende Koalitionsrecht zu gewähren. Die Boykottkommission.

Streikende Eisenbahner.

Die Bahnschaffner und das Fahrpersonal der Kleinbahngesellschaft in Düsseldorf sind in den Ausstand getreten, weil die verlangte Lohnaufbesserung und Verkürzung der Dienstzeit nicht bewilligt wurde. Es streiken etwa 130 Mann.

Aussperrung.

Das Direktorium der Ganzschen Elektrizitätsaktiengesellschaft beschloß die Aussperrung von 2400 Arbeitern als Antwort auf den von 200 Arbeitern inszenierten Streik wegen Entlassung eines Werkführers.

Soziales.

Aus der göttlichen Weltordnung.

Ein verhungerter Veteran.

Ein jammervolles Ende fand am Sonntag in Berlin der 70jährige Franz Wilhelm Drux, ein Veteran des deutsch-französischen Krieges. D. hatte den Feldzug 1870-71 mit Auszeichnung mitgemacht und auch an der Schlacht bei Mars-la-tour teilgenommen; er war Inhaber von vier Orden und Ehrenzeichen. Schon seit mehreren Jahren war der Greis kränklich und konnte infolgedessen Arbeit nicht mehr verrichten. Er geriet in bittere Not und war zuletzt auch wohnungslos. Am Sonntag nachmittag passierte Drux den Platz an der Düsseldorfer Straße zwischen der Sächsischen und Württembergischen Straße in Wilmersdorf, als er plötzlich inmitten einer Schar spielender Kinder besinnungslos zusammenbrach. Ein Oberleutnant fing den Erkrankten in seinen Armen auf und leistete ihm Beistand. D. verstarb jedoch schon nach wenigen Augenblicken. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß der Tod des alten Kriegers infolge Hungers und vollständiger Erschöpfung eingetreten war. Die Leiche wurde nach der Halle in der Berliner Straße geschafft.

*

Drei Selbstmorde wegen Arbeitslosigkeit.

Wegen Arbeits- und Mittellosigkeit sind am Sonntag in Berlin drei Männer in den Tod gegangen. Der 64 Jahre alte Klempnermeister Ferdinand Winkelmann aus der Reichenberger Straße 54 gab vor drei Monaten sein Geschäft, das er in Hamburg hatte, wegen des Todes seiner Frau auf und kam hierher, um Stellung anzunehmen. Bei seinem Alter fand er aber nirgends Beschäftigung. Den kleinen Betrag, den er aus dem Geschäftsverkauf erübrigt hatte, hatte er bald verbraucht. Da Außenstände, die er noch hatte, nicht eingingen, war er völlig mittellos. In seiner Verzweiflung erhängte er sich in seinem Zimmer. — Der 23 Jahre alte Arbeiter Paul Beatus, der bei seinen Eltern in der Bernauer Straße 7 wohnte, suchte ebenfalls seit vier Monaten Stellung, konnte aber keine finden. Aus Gram darüber machte er seinem Leben in der elterlichen Wohnung ein Ende, indem er sich am Fensterkreuz erhängte. — In der Werkstatt seines Schwagers in der Oranienburger Straße 59 erhängte sich aus demselben Grunde der 48 Jahre alte Arbeiter Otto Pretsch aus der Linienstraße 154.

Die Knappschaftskassen in Preußen.

Das preußische Handelsministerium veröffentlicht die Statistik über die preußischen Knappschaftsvereine im Jahre 1910. Die Belegschaft von 1799 Werken zählte 849 311 Arbeiter und Beamte; sie verteilte sich im Jahre 1910 auf 67 Knappschaftsvereine. Aber wie verteilte sie sich! Eine kleine Gegenüberstellung mag das illustrieren.

	Allg. K.-V. Bochum	K.-V. Sassendorf	Mosel-Knappsch.
Es hatten Mitglieder . . .	376 119	25	16
„ „ Jahreseinnahmen	58 420 012 M.	2215 M.	2401 M.
„ „ Jahresausgaben .	33 771 573 M.	1274 M.	4034 M.

Solcher Zwergkassen wie die zwei angeführten gibt es eine große Anzahl.

Das verfügbare Vermögen sämtlicher Knappschaftsvereine ist 1910 gegen das Vorjahr bedeutend gewachsen, und zwar in beiden Zweigen ihrer Versicherung. Es betrug:

	Am 31. 12. 1909	am 31. 12. 1910
in den Knappsch.-Krankenkassen	14 064 547 M.	18 462 988 M.
in den Knappsch.-Pensionskassen	221 274 784 M.	252 698 236 M.
zusammen	235 339 331 M.	271 161 222 M.

Das macht in dem einen Jahre eine Zunahme von 35 821 891 Mark, oder 15,22 Prozent.

Von den im Jahresdurchschnitt vorhandenen 820 823 Krankenkassenmitgliedern sind erkrankt 438 916. Das sind auf 1000 Versicherte 535 Kranke. In diesen Zahlen drückt sich die Gesundheitsschädlichkeit der unterirdischen Grubenarbeit sehr deutlich aus. Insgesamt belief sich die Zahl der entschädigten Krankheitstage auf 8 071 797, auf jeden einzelnen Krankheitsfall also auf 17,3 Tage. An Krankengeld wurde ausgezahlt 16 195 000 Mark, so daß auf jeden Tag im Durchschnitt rund 2 Mark entfallen. Die Leistungen sind also recht bescheidene, während sich die Millionen in den Kassen aufhäufen. Nicht viel weniger als die 439 000 Kranken bekamen die Aerzte, Apotheker und Krankenhäuser, nämlich 15 915 858 Mark.

Die Knappschafts-Pensionskassen hatten am Ende des Jahres 1910: 675 598 aktive Mitglieder, darunter 3515 weibliche. Die Jahreseinnahme betrug 71 352 804 Mark. Davon wurden an laufenden Pensionen für Invaliden, Witwen und Waisen 35 905 955 Mark verausgabt. 3 757 906 Mark brauchten die Pensionskassen für Verwaltung und andere Ausgaben, so daß sie aus dem übrig bleibenden Teil der Einnahmen über 31 Millionen Mark auf die hohe Kante legen könnten. Vorhanden waren Ende 1910: 81 219 Invaliden, 66 194 Witwen, 50 434 Halbwaisen und 8476 Vollwaisen.

Der immer ungünstiger werdende Einfluß der modernen Grubenarbeit auf die Gesundheit der Bergleute äußert sich auch hier wieder im Sinken des Durchschnittsalters der Invaliden. Das durchschnittliche Lebensalter der 1910 invalidisierten Arbeiter war 46,4 Jahre gegen 47 Jahre 1909. Das Dienstalter ist ebenfalls gefallen von 22,7 auf 22,4 Jahre.

Im Jahre 1910 waren auf den preußischen Bergwerken beschäftigt 29 672 Knaben und 480 Mädchen unter 16 Jahren.

Was Wunder, wenn angesichts dieser Verhältnisse die Bergarbeiter unablässig nach einer besseren Gestaltung des Knappschaftswesens streben! Was sie verlangen, das ist eine größere Einheitlichkeit der Leistungen, größerer Anteil an der Verwaltung und ausreichende Fürsorge für sich und ihre Hinterbliebenen. Darum ihre Anträge auf Schaffung eines Reichsberggesetzes. Immer aber, wenn die Bergarbeiter für eine Verbesserung ihrer Knappschaftsverhältnisse die Stimme erhoben, wurden sie von den volksfeindlichen Parteien und ihrem Anhang niedergebrüllt. So war es bei der Reichsversicherungsordnung, so war es beim Streik. Die Bergleute werden das nie vergessen!

Skandalöse Zustände in einem Obdachlosen-Asyl.

Die Unterbringung der Obdachlosen in Kiel war bisher Sache der städtischen Polizei. Seit dem 1. April 1912 ist diese Aufgabe durch einen Beschluß der Stadtkollegien der Armenverwaltung übertragen worden; gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde aber auch beschlossen, die Verwaltung des Asyls der Stadtmission zu übertragen. Schon im Jahre 1909 hatten die Sozialdemokraten die trostlosen Zustände im Obdachlosen-Asyl gegeißelt und Erhöhung der für die Unterbringung der Obdachlosen geforderten Summe beantragt, damit wenigstens die schlimmsten Uebelstände beseitigt werden können. Die bürgerliche Mehrheit lehnte den Antrag ab. Jetzt, wo die Stadimission die Verwaltung des Asyls übernehmen soll, verlangt sie auch die Instandsetzung des Asyls, der Magistrat mußte die Mittel dafür bei den Stadtkollegien anfordern und alle die Uebelstände zugeben, die damals schon von den Sozialdemokraten festgestellt wurden. In der Magistratsvorlage, die der Kollegiensitzung Dienstag vorlag, wird festgestellt, daß es nicht möglich ist, die Kleider der Asylisten von Schmutz und Ungeziefer zu reinigen, daß eine Badeeinrichtung fehlt, daß Reine und Unreine in demselben Schlafsaal liegen müssen, und die Asylisten, die rein ins Asyl hineinkamen, mit Ungeziefer behaftet, wieder hinausgehen, daß Jugendliche und Betrunkene bisher nicht getrennt untergebracht werden konnten, daß die Klosetts auf dem Hofraum sind und die Asylisten, weil die Asylräume nachts verschlossen sind und Aufsichtspersonal nicht jederzeit bereit steht, nicht hinaus können und im Notfalle ihre Bedürfnisse auf dem Zementboden des Waschraums verrichten. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion kritisierte scharf, daß solche Zustände länger als drei Jahre bestehen konnten und nannte sie mit Recht eine Schweinerei. Der Dezernent der Polizeiverwaltung suchte sich damit zu entschuldigen, daß die Polizei nur die Pflicht habe, für die Unterbringung der Obdachlosen zu sorgen, jetzt, wo die Armenverwaltung die Sache in die Hande genommen habe, sei das natürlich anders, jetzt sei die Unterbringung vom armenpflegerischen Standpunkt aus zu beurteilen. Der sozialdemokratische Redner konnte mit Recht darauf hinweisen, daß es auch der Polizei nicht zur Unehre gereicht haben würde, wenn sie wenigstens die schlimmsten Mißstände abgeschafft hätte. Die bürgerlichen Vertreter, die 1909 den sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Mittel für das Asyl abgelehnt hatten, schwiegen beschämt.

Briefkasten der Redaktion.

Alter Abonnent. Unter absoluter Bergeshöhe versteht man die Höhe eines Berges vom Meeresspiegel aus berechnet. Die relative Höhe ist die Höhe vom Fuße bis zur Spitze des Berges gerechnet.

520 Rothenburg. 1. Ist verjährt. 2. Nein. 3. Die Alimente werden nach den Verhältnissen der Mutter berechnet. 4. Das Kind erbt nicht.

Verantwortlicher Redakteur: Gottl. Kasparek, Halle.

Für Erwachsene ist Kufeke in Milch, Kakao, Suppen oder Gemüsen die bestgeeignete, leicht verdauliche u. nahrhafte Krankenkost.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120723-10/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Büthgen.

8 Uhr 10 Täglich 8 Uhr 10

„Der Tanzanwalt."

Vaudeville mit Gesang und Tanz in 3 Akten.

Reizende Musik! Lachstürme!

Vorverkaufskarten in den bekannten Zigarrengeschäften.

Volkspark,

Tel. 1107. Burgstrasse 27. Tel. 1107.

Dienstag den 23. Juli cr. abends 8 Uhr:

Großer

Operetten-Abend.

Musik: Kapelle Engelmann.

Programm 10 Pf. Programm 10 Pf.

Um zahlreichen Besuch ersucht

Die Geschäftsleitung.

„Süd-Park"

Turmstr. 117. Ecke Liebenauerstr.

Dienstag und Freitag:

: Gr. Frei-Konzert :

Es ladet ein Fr. Winkler.

Nur noch 2 Tage in Halle a. S.,

bis Mittwoch den 24. Juli 1912, im Saale des Hotel „Zum goldenen Schiffchen", Gr. Ulrichstraße 37:

Grosse Münchener Spezial-Ausstellung

zur Förderung der Volkshygiene.

Hinter den Kulissen des menschlichen Lebens.

Zahlreiche hochinteressante Schauobjekte von bedeutenden amtlichen Autoritäten glänzend begutachtet.

Nur für Erwachsene, Damen und Herren. Personen unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.

Eintritt 20 Pfg. Militär 10 Pfg.

Täglich geöffnet von morgens 10 Uhr bis abends 10 Uhr.
Sonntag von 11½ Uhr an.

Einem geehrten Publikum von **Wittenberg und Umgegend** sowie allen meinen Partei- und Gewerkschaftsgenossen zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich das

Restaurant „Zur Einigkeit,"

Töpferstraße 1,

das älteste Parteilokal unseres Reichstags-Wahlkreises,

pachtweise übernommen habe.

Es soll mein Bestreben sein, die mich Beehrenden in jeder Weise zufrieden zu stellen und bitte um gütige Unterstützung.

Hochachtungsvoll

Otto Geist.

Gratis erhält ein jeder

1 Bromsilber-Vergrösserung

30 × 40 Bildgrösse

von seinem eigenen Bild, wer sich

von heute bis Ende ds. Mts.

in unserem Atelier 1 Dutzend Bilder von **4 Mark** an bestellt.

Glanzbilder:		Mattbilder:	
12 Visites	1.90	12 Visites	4.00
12 Cabinets	4.90	12 Cabinets	8.00

Vereins-Aufnahmen, Hochzeitsgruppen

zu jeder Zeit, in und ausser dem Hause, zu sehr billigen Preisen.

Geöffnet an: **Sonntagen von 8—2 Uhr,** auch während der Kirchzeit, **Werktagen von 8—7 Uhr.**

Garantie für grösste Haltbarkeit.

Photographisches Atelier.

Eigene Vergrösserungs-Anstalt

Samson & Co.

Poststrasse 9|10, Halle a. S., vis-à-vis dem Kaiser-Denkmal.

Grösstes und billigstes Atelier am Platze.

:: Tadelloseste Ausführung. ::

Aufnahmen bei jeder Witterung.

Jeden Dienstag: Schlachte-Fest. O. Grabaum, Mansfelderstraße 3.

Morgen u. jed. Dienstag — Schlachtefest. — Joh. Fischer, Große Gosenstraße 39.

Dampfschiffahrt von C. Schräpler.

Morgen, Dienstag, früh 9½ Uhr:

Billige Ferienfahrt

mit dem Salondampfer „Deutschland" nach **Rothenburg.** Fahrpreis a Person hin und zurück 1 Mark. Jede Familie ein Kind frei. Einsteigestelle oberhalb der Peißnitzbrücke, vis-a-vis Ruderklub Nelson.

Tischmesser.

Die Besten sind die Billigsten!

Wir führen gute Fabrikate, wie:

J. A. Henkels und Ed. Wüsthof, Solingen,

zu den billigsten Preisen.

C. F. Ritter, Halle a. S.,

Leipzigerstrasse 90.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Gewerkschaften und Vereinen sowie den Herren Gastwirten

empfiehlt sich Unterzeichnete zu den bevorstehenden

Sommerfesten u. Wasserfahrten

zur Lieferung von

Stocklaternen, Lichten und Stäbchen.

Bei frühzeitigen Bestellungen kann jeder Wunsch betr. Farbe und Form berücksichtigt werden.

Bei Entnahme von einem Gros ist **das Aufdrucken v. Namen und Titeln gratis.**

Volksbuchhandlung

Harz 42/43.

Makulatur vr. Hall. Genossensch.-Buchdr.

+ Frauen +

brauchen bei Störung. u. Unregelmäßigkeit. sow. Weißfluß nur **Dr. Scheidig's Salfnerol.** Garant. unschädlich. Pulver 4 M., Tropfen 6.50, 8—10 M., sow. sämtl. hygienische Bedarfsartikel billigst.

Fil.-Dep. **Dr. Conrad Scheidig,** Halle a. S., Graseweg 3a, p. l. Damenbedienung. Rückporto.

Waschgefäße, dauerhaft, billigst.

Zander, Gr. Klausstraße 12.

Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Arbeitsmarkt

3-4 tüchtige Dachdecker

stellt ein, Lohn 55 Pfg.,

Max Kunze,

Schön-Wöltau, Bez. Halle.

Hausarbeiterinnen

gesucht von

Heilbrun & Pinner, G. m. b. H., Geiststr.

Bekanntmachung.

1. **In der Zeit vom 1. bis 15. Juli 1912 sind nachstehende Gegenstände als gefunden hier abgegeben resp. angemeldet worden:** 1 veilchenseidener Damenschirm, 1 vergoldete Damenuhr, 1 20-Markstück, 1 braune Geldtasche, 1 kleines braunled. Portemonnaie, 1 rote Granatbrosche, 1 ältere Damenuhr, 10 Mark, 1 Feldstecher, 1 schottischer Schäferhund, 3 Schirme, 1 Damenschirm mit Hülle und Kuppe, 1 Fahrradmantel, 1 braunled. Portemonnaie mit 3.05 M., 1 Hund (Foxterrier), 1 braunes Portemonnaie mit 1.55 M., 1 Damen-Fahrrad, 1 Teschin, 3 Lawn-Tennisbälle mit Beutel, 1 Taschenmesser mit Perlmutterbeschlag, 1 Brosche mit blauen und weißen Steinen, 1 Schlüssel, 1 Portemonnaie mit 23.69 M., 1 silbernes Kettenarmband, 1 Portemonnaie mit 70 M., 1 Ledergeldtasche mit 0.38 M., 1 Nickelklemmer mit Etui, 1 schwarzer, steifer Herrenhut, 1 Portemonnaie mit 4.05 M., 1 eingerahmtes allegorisches Bild.
2. **In derselben Zeit sind als verloren hier angemeldet:** 1 goldenes Kollier, 1 Spazierstock mit silbernem Griff, 1 mattgoldenes Armband, 1 schwarzer Damenschirm mit braunem Holzgriff, 1 weiße Bernhardinerhündin mit rotbraunem Kopf, 1 goldene Herrenuhr mit Kette, 1 Blusen- oder Sicherheitsnadel mit Knoten und blauem Stein, 1 Kinderwagendecke (rosa unterlegt), 1 rotlederne Brieftasche mit Studentenausweiskarte und Füllfederhalter, 1 goldene Damenuhr, 1 Dienstbuch und Invaliden-Karte, 1 gehäkelter Damengürtel mit schwarzem Schloß, 1 goldene Brosche mit Photographie, 1 Schlüsselbund mit 8 Schlüsseln, 1 gelbled. Damenportemonnaie mit 3 Katzenköpfen und 126 M., 1 chin. Münzenarmband, 1 Haargeflecht (graumeliert), 1 dunkelgrüne Ledertasche (m. 2 roten Portemonnaies, Taschentuch, Spiegel usw.), 1 braunes Portemonnaie mit 4.50 M., 1 gold. Gliederarmband, 3 gr. Schlüssel an ein. Schnur, 1 Perlmutterbrosche, 1 kl. dunkelled. Portemonnaie m. 4.05 M. und 5 Pf.-Mark., 1 schwarzer Gummigürtel mit Stahlschloß, 1 Trauring — M A R 25. 7. 12. —, 1 Stativ zum photogr. Apparat, 1 Spazierstock (gelbbraun, mit geb. Krücke und Silberbeschlag), Ausweispapiere auf den Namen Michael Kafik, 1 Schlüssel, 1 Schildkrötenportemonnaie mit 2.95 ℳ und Lotterielos, 1 gold. Damenuhr, 1 gold. Anhänger mit Kette, 1 Dienstbuch mit Inv.-Karte, 1 Stock mit weißem Griff und Metallreifen, 1 rotes Korrallenarmband, 1 braunled. Portemonnaie mit 3 bis 4 ℳ, 1 Nickelklemmer mit rotbraunem Etui, 1 Damenuhr, ein braunled. Damenportemonnaie mit Ring und 4 ℳ Inhalt, 1 schwarzled. Portemonnaie mit Schlüssel, Postanweisung und 10—12 ℳ, ein hellbraun kariertes Umschlagetuch, 1 goldenes Vincentkettchen, ein weißseidener Hutschal, 1 schwarzsamt. Handtasche (mit Schlüssel, Taschentuch, Portemonnaie und 7 ℳ), 1 braunlederne Visitenkartentasche mit Visitenkarten und Brosche, 1 goldenes Kettenarmband, 1 lila gehäkelte Handtasche mit Portemonnaie (3 ℳ, Schlüssel, Taschentuch), 1 gußeiserner Bogenknie, 1 goldenes Gliederkettenarmband, 1 goldene Brosche mit Herz und Opalstein, 1 rotbraunes Portemonnaie mit 87 ₰, 1 schwarzlederne Handtasche, 1 goldene Halskette mit Herzchen, 1 schwarzer Stoffkragen und 1 schwarzer Halbhandschuh, 1 gold. Gliederarmband mit blauem Stein, 1 mattgold. Medaillon mit 2 Bildern (Köpfe), 1 Brillantring (großer Brillant u. großer Saphir), 1 gold. Halskette mit 2 Quasten, 1 Gesindedienstbuch, 1 Hundehalsband (Leder, Messing u. 2 Marken), 5 Männerstehkragen und 2 Frauenklappkragen, 1 Damenuhr mit 2 blauen Blümchen u. mattgold. Anstecknadel, 1 braunseid. Regenschirm, 1 Schlüsselbund mit ca. 10 Schlüsseln, 1 braunled. Portem. mit 10 Mk., 1 Monatsfahrkarte Halle-Nietleben, ein 20 Mk.-Stück, 1 Torschlüssel, 1 gold. Damenuhr, 1 Schlüsselband mit 3 Schlüsseln und Schloß, 1 deutscher Schäferhund, 1 gold. Damenuhrkette, 1 Perltasche mit Inhalt, 1 Schlüssel mit Ring, 1 schw. Spitzenschal, 1 gold. Damenuhr ohne Kette, 1 dunkelgrünled. Portem. mit ungefähr 70 M., 1 Weinzipfel (gelb—weiß—blau) mit Monogramm, 1 Pfandschein Nr. 78084 vom 16./3. 12, 1 Duplee-Brosche mit 3 blauen Steinen, 1 größere silb. Damenuhr mit Kette, 1 weißer Mullschal, 1 schwarzer Spitzenschal, 1 schwarzer Samtgürtel mit gelbem Schloß, 1 silberne Damenuhr, 1 Sicherheitsschlüssel und 1 Schlüssel zusammengebunden, 1 runder englischer Herrenstrohhut, 1 bastseidener Schal mit Fransen u. blauen Streifen, 1 dunkelg. Gummi-Mantel mit weißem Strohhut, Krawatte und Uhr, 1 rosa Kopfschal, 1 goldener Klemmer, 1 doppelter Trauring, 1 goldene Damenuhr mit Monogramm, 1 Klemmer (schwarzes Stahlgestell und Goldbügel), 1 schwarzrindledernes Portemonnaie mit Nickelschloß, 4.75 M. und Schlüssel, 1 Granatarmband.

Die unbekannten Eigentümer der unter Nr. 1 bezeichneten Gegenstände werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizei-Verwaltungsbüro, Dreyhauptstraße 6, II, Zimmer 98, geltend zu machen.

Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armen-Verwaltung oder an den Finder abgegeben werden.

Halle (Saale), den 16. Juli 1912.

Die Polizei-Verwaltung.

Frisierkämme, Gesundheitskämme, Marke „Galalith", fast unzerbrechlich, von 35 Pfg. an, bei

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Braun-Bier,

täglich frisch, empfiehlt

Günthers Brauerei.

Verkauf nur 7½—12 u. ½2—½6 Uhr.

Heidelbeeren,

täglich frisch eintreffend:

1 Pfund nur 22 Pfg.

10 Pfund nur 2 Mk.

Engrosniederlage Torstr. 58.

+ Frauen +

bei Ausbleiben monatl. Abgänge wenden sich vertrauensvoll an Frau **P. Brune, Oberhausen,** Rheinl., Friedenstr. 14. — Rückp. erbeten. — Frauen-Katal. gratis.

Bohnen-Schneidemesser

40, 60 und 85 Pfennig empfiehlt

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Wanzen mit Brut

sowie sämtl. Ungeziefer vertilgt durch chemische Vergasung innerhalb 6 Stunden Deutsche Versicherung gegen Ungeziefer, Mauerstraße 2. Telephon 3645.

Morgen, Mittwoch, Schlachtefest. Ww. Berta Gottschalk. Große Gosenstraße 26.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2), 20. Juli.

Aufgeboten: Rohmöbelfabrikant Bucher u. M. Schröter (Luzern). Oberkellner W. Schmidt u. A. Bartel (Berlin-Schöneberg). Dachdecker Köthe u. Klara Koch (Teuchern u. Hettstedt). Schmied May u. M. Klöpzig (Delitzsch).

Eheschließungen: Landbriefträger Friedrich u. Anna Wünsche (Hettstedt und Forsterstraße 14). Arbeiter Reif und Emma Wilke (Glauchaerstraße 47). Maschinenmeister Schwenzer und Martha Schech (Taubenstraße 27 und Saalberg 18). Buchbinder Merten und Helene Schwarze (Geiststr. 36 und Torstraße 52). Kaufmann Popp und Katharina Unverzagt (Sternstraße 8). Kaufmann Mühlhausen und Magdalene Löther (Wörmlitzerstraße 19). Anstreicher Köppchen und Klara Woitalla (Kellnerstr. 16). Arbeiter Schulze und Lina Bandermann (Kleine Ulrichstraße 5). Lokomotivhilfsheizer Giebler und Anna Ehricht (Dorotheenstraße 2 u. Torstr. 13/14). Expedient Kolbe und Anna Kuhn (Saalberg 19 und Südstraße 2). Photograph Schmidt und Hedwig Burkhardt (Lindenstraße 77 und Streiberstr. 34). Schlosser Hennig und Emilie Meißner (Kaiserstr. 24 und Schützenstraße 14).

Geboren: Dachdecker Tomnitz S. (Landsbergerstr. 58). Arbeiter Fügner a. Ermsleben T. (Klinik). Tischler Fischer T. (Eichendorffstraße 9). Arbeiter Winkelmann S. (Charlottenstr. 2). Arbeiter Eurich T. (Bechershof 11). Stellmacher Kaiser T. (Turmstr. 157). Arbeiter Rötting T. (Unterplan 8).

Gestorben: Schlosser Gautzsch a. Merseburg, 28 J. (Bergmannstrost). Arbeiter Ströfer a. Frankleben, 56 J. (Bergmannstrost). Arbeiter Liebing aus Kötzschen, 23 J. (Bergmannstrost). Arbeiters Ganz Sohn, 4 Mon. (Schlosserstraße 16). Stellmacher Hoffmann aus Bruckdorf, 50 Jahre (Klinik). Marie Polanski, 20 J. (Freiimfelderstraße 84). Uhrmacher Wilke, 48 J. (Hallorenstraße 1). Bahnarbeiters Bogk T., 5 J. (Königstraße 21). Geschirrführers Thomas T., 5 Mon. (Mansfelderstraße 29). Arbeiter Baumgarten aus Merseburg, 28 J. (Bergmannstrost).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a). 20. Juli.

Eheschließungen: Arbeiter Schülbe u. Marie Böger (Georgstraße 10 und Zscherben). Müller Hennig und Ida Edler (Burgstraße 9). Schlosser Helbig und Ida Kittler (Hochstraße 19 und Reilstraße 58). Bureauvorsteher Christel und Elsa Becker (Bitterfeld und Harz 28). Lehrer Miche und Katharina Stolle (Wählitz und Beyernaumburg). Bäcker Heckert und Elsbeth Jäkel (Nietleben und Leopoldstr. 6). Schornsteinfegermeister Zwirnmann und Anna Höpfner (Seebenerstr. 50a). Gepr. Lokomotivheizer Schulze u. Frida Weidling (Oberröblingen a. S. und Dessauerstraße 6a).

Apollo-Theater

Direktion: Gustav Poller.

Allabendlich 8¼ Uhr: Die

4 neuen, hochpikant. Parisiana-Einakter.

(Nur für Erwachsene!)

„Ninon de l'Enclos."
„Die Geliebte."
„Der Deserteur."
„Alles in Unterhosen."

Gesichts-ausschlag,

Pickel, Mitesser, Flechten verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von **Zucker's Patent-Medizinal-Seife,** à St. 50 Pf. (15% ig) u. 1.50 M. (35% ig, stärkste Form) in Syrupdicke abds. eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen u. mit **Zuckooh-Creme** (à 50 Pf., 75 Pf. etc.) nachstreichen. Großartige Wirkung, von Tausenden bestätigt. In sämtl. Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Gurkenhobel

mit guten Messern billigst.

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90, Rabattmarken.

Haben Sie

schon meine **Spitzkugeln** (Honigkuchen mit Schokolade überzogen) probiert? Ich möchte Sie gern als Kunden haben.

Carl Booch, Breitestrasse 1, Marktplatz, l. Turm und Leipzigerstrasse 61/62.

Butterkühler

ohne Eis.

Stück 50 Pfennig.

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90. Rabattmarken.

Bekanntmachung.

Wegen dringender Rohrverlegungsarbeiten muß in nachstehenden Straßen und Stadtteilen die Wasserleitung am **Dienstag den 23. d. M. von abends 9 Uhr ab** auf ungefähr 6 Stunden gesperrt werden:

Burgstraße (von Gr. Brunnen- bis Fährstraße), Fichtestraße, Pestalozzistr., Giebichensteinerstraße, Felsenstraße, Rainstraße, Fährstraße; ferner in der Vorstadt Halle-Cröllwitz und der Landgemeinde Lettin.

Eine vorübergehende Trübung des Wassers ist nicht ausgeschlossen.

Halle a. S., den 20. Juli 1912.

Die Verwaltung der städt. Gas- u. Wasserwerke.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen unsern besten Dank; besonders seinen Kollegen sowie den Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes.

Witwe Emma Schiller
geb. Fischer,
nebst Kindern.

Danksagung.

Für die überaus herzliche Teilnahme beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen

Christoph Thiele

sagen wir allen herzlich. Dank.

Döllnitz, den 21. Juli 1912.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Arbeiter-Sänger-Chor Merseburg.

Nachruf!

Am Donnerstag, d. 18. Juli, verstarb, während des Transports nach dem Bergmannstrost in Halle, an den Folgen von erlittenen Brandwunden, die er bei der Explosion der Beuner Braunkohlen-Werke davon trug, unser treues und sehr fleißiges Mitglied

Albert Gautsch

im 28. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!

Am Sonnabend den 20. ds. Mts. vormittags verschied plötzlich und unerwartet, infolge Unglücksfalles, mein lieber Mann, unser guter, treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater, der

Maurer Gustav Meyer

im 56. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt, mit der Bitte um stille Teilnahme an

Halle a. S., Schönitzstraße 16.

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Wilhelmine Meyer geb. Münzer.

Die Beerdigung findet Dienstag nachmittag 5 Uhr von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Jlgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120723-10/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 169 — Halle a. S., Dienstag den 23. Juli 1912 — 23. Jahrg.

Kolonial-Barbarei.

Ein Blaubuch, das von „unsäglichen" Scheußlichkeiten berichtet, die von den Beamten der Peruvian Amazon Company an der indianischen Bevölkerung des Putumayogebiets begangen worden sind, ist eben von der englischen Regierung veröffentlicht worden. Die Greuel des Leopoldschen Regimes im Kongostaate, die Torturen des Mittelalters verblassen gegenüber diesen wahnsinnigen Greueltaten, Morden und Folterqualen, von denen der Kommissar der englischen Regierung, der Generalkonsul Sir Roger Casement, der vor zwei Jahren von seiner Regierung nach dem Putumayo geschickt wurde, in langen Seiten zu berichten weiß. Man wird sich erinnern, schreibt man dem Vorwärts, wie vor zwei Jahren der Amerikaner Hardenburger, der die Gegend bereist hatte, in der englischen Zeitschrift Truth furchtbare Anklagen gegen die Agenten der Peruvian Amazon Company, eine Gesellschaft, die ihren Sitz in London hat, erhob. Die Verbrechen, deren Herr Hardenburger die Agenten dieser Gesellschaft anklagte, waren so gräßlicher Natur, daß manche geneigt waren, die Schilderungen als übertrieben zu betrachten. Aber Herr Hardenburger kam ausgerüstet mit beeideten und notarisch beglaubigten Zeugenaussagen, und an dem Charakter und der Wahrhaftigkeit des Mannes ließ sich nicht rütteln. Der Sturm der Entrüstung, der sich im Publikum erhob, veranlaßte die Peruvian Amazon Company, eine Untersuchungskommission nach dem Putumayo zu schicken, und dieser Kommission schloß sich der Generalkonsul an, der von der Regierung beauftragt wurde, zu untersuchen, ob die Berichte über die Verbrechen, die von den Agenten der Gesellschaft auch an englischen Untertanen, Neger von der englischen Kolonie Barbados, verübt worden sind, auf Wahrheit beruhten.

Schon bei seinem ersten Besuch der Gegend fand der englische Generalkonsul, daß die Angaben Herrn Hardenburgers keineswegs übertrieben waren. Er schickte einen vorläufigen Bericht an seine Regierung, der Sir Edward Grey im Januar 1911 veranlaßte, dem britischen Vertreter in Lima (Peru) folgendes Telegramm zu schicken: „Viele der obersten Beamten der Peruvian Amazon Company haben sich zweifelsohne der empörendsten Grausamkeiten gegen die Indianer schuldig gemacht, worüber reichliche und unwiderlegliche Beweise gesammelt wurden, die von Senor Tizon, dem Vertreter der Gesellschaft in La Chorrera, ohne Widerspruch als unwiderleglich anerkannt worden sind. Unter den Verbrechen, deren diese Leute beschuldigt werden, sind Mord, Tortur, Schändung, beständiges Auspeitschen in einer barbarischen Art und andere Handlungen von unsäglicher Grausamkeit. Dies sind nicht isolierte Fälle, sondern der Teil eines Systems."

Wenn so der in der Wahl seiner Ausdrücke sonst vorsichtige Diplomat spricht, wie muß dann erst das Tatsachenmaterial beschaffen sein, das Sir Roger Casement gesammelt hat!

Geben wir einige Auszüge aus dem Blaubuch:

„In Matanzas erfuhr ich durch das Geständnis eines der Auspeitscher selbst, daß weniger als sechs Wochen vor meinem Besuch ein Häuptling der Eingeborenen zu Tode gepeitscht worden war und in der Gefangenschaft im Fußblock der Station zwischen seiner Frau und einem seiner Kinder gestorben sei. Das Aushauen war die geringste der Torturen, die diejenigen trifft, die nicht genug Gummi einsammeln, aber es ist die verbreitetste und die, die ohne Auswahl angewendet wurde. Jede Sektion, die ich besuchte, hatte einen Fußblock und ihren offiziell ernannten Auspeitscher. Ein Individuum, das oft an diesem Aushauen teilgenommen und sich selbst zweier an Indianern begangenen Mordtaten schuldig bekannte, hat von der Art, wie die Indianer an den Stationen, wo er diente, ausgepeitscht werden, folgende Beschreibung gegeben: Der Indianer ist so demütig, daß er sich, sobald er sieht, daß die Zunge der Wage nicht auf zehn Kilogramm zeigt, mit ausgestreckten Händen auf den Boden wirft, um seine Strafe zu empfangen. Dann tritt der Sektionschef oder ein untergeordneter Beamter vor, beugt sich nieder, ergreift den Indianer bei den Haaren, schlägt ihn, hebt den Kopf in die Höhe, läßt ihn mit dem Gesicht nach unten zu Boden fallen und nachdem das Gesicht des Indianers geschlagen und getreten worden und mit Blut bedeckt ist, wird dieser ausgepeitscht.

Das ist ein wahres Bild. Eingehende Beschreibungen des Auspeitschens dieser Art wurden mir immer wieder von Leuten gegeben, die zu dieser Arbeit verwendet worden waren."

Ueber einen Sektionschef der Gesellschaft namens Normand berichtet der britische Generalkonsul: „Die Verbrechen, deren dieser Mensch angeklagt wurde und die ihm vom Ende des Jahres 1904 bis zum Monat Oktober 1910, als ich ihn als Chef dieser Station Matanzas oder Andokes antraf, datieren, scheinen beinahe unglaublich zu sein. Es befinden sich darunter zahllose an wehrlosen Indianern begangene Mordtaten und Torturen n'e folgende: Er übergoß Männer und Frauen mit Petroleum und steckte sie dann in Brand; er verbrannte Leute auf dem Scheiterhaufen; er schlug Kindern das Hirn ein und hieb in zahlreichen Fällen Indianern Arme und Beine ab und überließ sie dann in dieser Qual einem schnellen Tode.

Es wurde behauptet — und ich bin überzeugt, mit Recht behauptet —, daß Normand während des Zeitraumes von beinahe sechs Jahren, während dessen er den indianischen Stamm der Andokes beherrscht hatte, unmittelbar „viele hunderte" dieser Indianer getötet habe — Männer, Frauen und Kinder. Die mittelbaren Tötungen, die durch Verhungern, Auspeitschen, Aussetzung und Beschwerden verschiedener Art beim Einsammeln des Gummis oder dessen Transport von Andokes hinunter nach Chorrera verursacht wurden, müssen eine noch viel höhere Zahl ausmachen. Senor Tizon, der Hauptvertreter der Gesellschaft, sagte mir, daß „Hunderte" von Indianern bei dem erzwungenen Transport des Gummis von den entfernteren Stationen hinunter nach La Chorrera umkämen. Die Gesellschaft gibt diesen unglücklichen Menschen keine Nahrung auf diesen Eilmärschen, die im Durchschnitt dreimal im Jahre stattfinden.

Indianer wurden häufig zu Tode gepeitscht. Es wurden mir Fälle berichtet, wo Männer und Frauen unter der Peitsche gestorben; aber gewöhnlich fanden die durch das Auspeitschen verursachten Todesfälle einige Tage später statt. In vielen Fällen, wo Männer und Frauen so grausam gepeitscht worden waren, daß das Fleisch der Wunden in Fäulnis überging, wurden die Opfer von einem der „Racionales", der auf Befehl des Sektionschefs handelte, oder auch von diesem Individuum selbst erschossen. Manchmal wurden die Wunden mit Salz und Wasser behandelt, aber in vielen Fällen war ein gefährliches Auspeitschen nicht einmal von diesem armseligen Heilversuch begleitet; das Opfer wurde „mit Maden im Fleische" losgelassen, um im Walde zu sterben, oder wurde erschossen und die Leiche verbrannt oder begraben. — oder oft genug in den „Busch" nahe beim Sektionsgebäude geworfen.

Ein britischer Untertan, der selbst oft die Indianer ausgepeitscht hatte, berichtete mir, daß er gesehen habe, wie Mütter gepeitscht wurden, weil ihre kleinen Söhne zu wenig Gummi eingebracht hatten. Man hielt diese Knaben für zu klein, um sie zu züchtigen, und so wurde dann, während der kleine Knabe entsetzt und schreiend dabei stand, die Mutter geschlagen — „nur ein paar Streiche", um ihn zu einem besseren Arbeiter zu machen. Männer und Frauen wurden an den Armen aufgehängt, die oft auf den Rücken herumgedreht und dort an den Handgelenken zusammengebunden wurden, und in dieser qualvollen Stellung wurden die Menschen, mit den Füßen hoch über dem Erdboden, auf den unteren Gliedern und den unteren Rückenpartien gegeißelt."

Seite auf Seite über diese und schlimmere Scheußlichkeiten findet man in dem Blaubuch. Dies sind nicht etwa sensationelle Berichte eines hirnverbrannten Reisenden, sondern die nüchternen Ergebnisse unwidersprochener Zeugenaussagen, die von einem Regierungskommissar gesammelt worden sind, der mit eigenen Augen die furchtbaren Merkmale, die die Tortur an den Opfern hinterlassen, in Augenschein genommen hat. Sir Roger Casement hat mit den Scheusalen, deren Taten er beschreibt, am selben Tisch gesessen, während diese Verbrechen erörtert wurden, und durfte kein Zeichen des Unwillens oder des Entsetzens von sich geben aus Furcht, daß er dadurch die Mörder zu neuen Verbrechen gegen die Indianer reizen könnte. Ein unsäglicher Jammer erfaßt einen beim Lesen dieses Berichtes, den die englische Regierung schließlich veröffentlichen mußte, da die Regierung Perus trotz häufiger Mahnungen noch nichts unternommen hat, um die Verbrecher zur Rechenschaft zu ziehen!

Kreistag des Wahlkreises Merseburg-Querfurt.

Im Gasthof zu Altranstedt traten am gestrigen Sonntag vormittag 11 Uhr die Delegierten des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt zu ihrem diesjährigen Kreistag zusammen. Anwesend waren insgesamt außer sämtlichen Distriktsleitern 54 Delegierte, darunter 5 Genossinnen, der Genosse Schmidt für die Agitationskommission der Bezirksorganisation, Genosse Kaspareit als Vertreter der Redaktion des Volksblatts, der Bezirkssekretär Drescher und der Reichstagskandidat Genosse Pollender. Ferner waren vollzählig erschienen sämtliche Mitglieder des Kreisvorstandes und der Agitationskommission. Nach einer kurzen, internen Vorbesprechung und nach dem Gesang zweier herrlicher Kampfeslieder durch den Altranstädter Arbeitergesangverein ergriff der Genosse August Brettschneider-Großlehna das Wort zu einer kernigen, zu Herzen gehenden Begrüßungsansprache. Er warf einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Distrikts Altranstedt, dabei besonders hervorhebend, wie die Parteiorganisation aus den kleinsten Anfängen heraus zu ihrer jetzigen Größe emporgewachsen sei.

Zum ersten Punkt der ziemlich umfangreichen Tagesordnung gab der Vorsitzende, Genosse Konrad Müller, eine kurze Erläuterung zu dem bereits im Volksblatt abgedruckten Bericht. In Sekfeudig mußten zwei Genossen aus der Partei ausgeschlossen werden, weil sie sich einem gelben Werkverein angeschlossen hatten. Die Bezirksleitung stimmte diesem Beschluß zu. Auch sonst galt es wieder, einige unliebsame Streitigkeiten zwischen einzelnen Genossen zu schlichten, was meist zur Zufriedenheit der Beteiligten gelang. In fast allen Distrikten ist ein Fortschritt zu verzeichnen, nur der Distrikt Merseburg habe im abgelaufenen Jahre einen Verlust von 69 männlichen Mitgliedern zu verzeichnen; demgegenüber seien 20 weibliche Mitglieder gewonnen worden. Es muß nach Mitteln gesucht werden, um den Verlust in Merseburg nicht nur wieder wettzumachen, sondern wieder Fortschritte zu erzielen. Besonderes Augenmerk müsse nach wie vor der Gewinnung der zahlreichen Gewerkschaftsmitglieder zugewandt werden, jeder Genosse müsse Agitator sein, damit man im nächsten Jahre sagen könne, die Ideen des Sozialismus seien in immer größere Kreise gedrungen.

Den Bericht der Agitationskommission erstatteten die Genossen Brettschneider-Großlehna und Recknagel-Modelwitz. Die schönen Erfolge im abgelaufenen Jahre seien in der Hauptsache durch die Reichstagswahl erzielt worden. Besonders erfreuliche Fortschritte habe die Parteipresse gemacht; in Nebra, Roßleben und anderen Orten sei es mit Hilfe des Volksblatts gelungen, an die indifferenten Arbeiter heranzukommen. Wenn auch in den neuen Distrikten positive Resultate bisher nicht erzielt worden seien, so gelang es doch, mit der Arbeiterschaft in engere Fühlung zu kommen. Jedenfalls seien gegen früher zweifellos Fortschritte gemacht. — Genosse Recknagel ging des näheren auf die Voraussetzungen ein, die vorhanden sein müßten zur Gründung neuer Distrikte. Nur wenn die Lokalfrage eine gesunde sei und die nötigen Kräfte zur Leitung der Distrikte vorhanden wären, sollte mit Neugründungen vorgegangen werden. Diese Vorbedingungen, soweit sie die Lokalfrage beträfen, lagen in Schafstedt, Laucha und Freyburg leider nicht vor. Besonders die beiden letzteren Orte bildeten

---

13] **Madame Bovary.** [Nachdr. verb.]

Ein Sittenroman aus der Provinz von Gustave Flaubert.

Aus dem Französischen übertragen von Jos. Ettlinger.

Charles wußte nicht, was er darauf antworten sollte. Er respektierte die Mutter und liebte seine Frau über alles. Was jene sagte, hielt er für unfehlbar; was Emma tat, schien ihm untadelhaft. War dann Madame Bovary wieder aus dem Hause, so machte er ein paar schüchterne Versuche, da und dort eine schonungsvolle Bemerkung zu machen, die er von seiner Mutter gehört hatte. Emma aber fertigte ihn mit zwei Worten in aller Ruhe ab und hieß ihn zu seinen Patienten gehen.

Indessen war sie bestrebt, sich wenigstens in der Theorie die vermißte Liebe zu schaffen. Wenn sie des Abends bei Mondenschein im Garten saßen, rezitierte sie halblaut alles, was sie an liebeglühenden Gedichten auswendig wußte, oder sang mit gedämpfter Stimme melancholische Romanzen. Aber zu ihrer Enttäuschung fand sie ihr Blut alsbald noch ebenso ruhig als zuvor, und Charles schien weder verliebter dadurch geworden, noch irgendwie ergriffen.

Wenn sie dann so an ihrem Herzen Feuer zu schlagen versucht hatte, ohne auch nur einen Funken zu entzünden, redete sie sich ohne Mühe ein, daß die Leidenschaft ihres Gatten für sie mehr und mehr im Abnehmen begriffen sei. Seine Zärtlichkeiten kehrten mit periodischer Pünktlichkeit wieder; er küßte sie nur noch zu bestimmten Stunden. Es war eine Gewohnheit für ihn geworden, wie alles andere, eine Art Dessert, das für die einförmigen Mahlzeiten schadlos halten mußte.

Ein Jagdhüter, der bei Charles wegen einer Lungenentzündung in Behandlung gewesen, schenkte der jungen Frau ein graues italienisches Windspiel. Sie nahm es auf ihre Spaziergänge mit; denn sie ging öfters von Hause weg, um ein Viertelstündchen mit sich allein zu sein und etwas anderes zu sehen, als das ewige Gärtchen mit seinem staubigen Kiesweg.

Sie ging jedesmal bis zu dem Buchenwäldchen von Banneville, bis dahin, wo ein alter, verlassener Pavillon am Feldrain stand und im Graben das Schilf mit seinen scharfen, schneidenden Blättern zwischen dem Riedgras emporschoß.

War sie dort angelangt, so begann sie damit, sich rings umzusehen, ob sich seit ihrem letzten Hiersein nichts verändert habe. Und jedesmal fand sie die Herbstzeitlosen und Gelbveilchen an ihrem selben Platze und die Büschel von Nesseln, die zwischen den Kieselsteinen hervorsprießen, und die Moosbezüge an den drei Fenstern, deren stets geschlossene Läden in Fäulnis vermorschten, während die eisernen Riegel der Rost verzehrte.

Dann schweiften ihre Gedanken zunächst ziellos umher, wie ihr kleines Windspiel, das in weiten Sprüngen über das Feld setzte, bald gelbe Schmetterlinge aufscheuchte, bald auf Spitzmäuse Jagd machte, bald die Mohnblüten benagte, die am Rande des Ackers blühten. Allmählich aber nahm ihr Ideengang festere Gestalt an, und während sie auf dem Rasen saß und mit der Spitze ihres Sonnenschirmes allerhand Figuren in den Sand schrieb, quälte sie der Gedanke: „Mein Gott, warum habe ich doch nur geheiratet?"

Sie fragte sich, ob es kein Mittel gegeben hätte, keine Möglichkeit des Zufalles, einem andern Manne zu begegnen; und sie suchte sich vorzustellen, wie es dazu hätte kommen können, wie das „andere" Leben hätte beschaffen sein und wie dieser „andere" selbst hätte aussehen müssen, den sie nicht kennen gelernt hatte. Wie sie immer ihn sich vorstellte, jenem zu Hause glich er niemals. Schön, geistreich, vornehm hätte er sein müssen, fesselnd und galant, wie es ohne Zweifel die Männer aller ihrer ehemaligen Klostergefährtinnen ebenfalls waren.

Was aus ihnen wohl geworden sein mochte? Gewiß, sie lebten alle in der Hauptstadt, in dem Lärm der Straßen, dem Stimmengewirr der Theater, dem Lichtmeer von Bällen und Gesellschaften, sie bewegten sich in der großen Welt, wo das Herz weit wird und die Sinne aufblühen . . . Aber sie?! — Ihr Leben war kalt und ohne Sonne, wie eine enge Dachkammer, die nach Norden liegt, und die Langeweile spann gleich einer geschäftigen Spinne ihr Netz in alle Ecken ihres unfrohen Herzens.

Sie rief sich die Tage der Preisverteilungen in der Schule ins Gedächtnis, wo sie auf das Podium hatte steigen dürfen, um ihre kleinen Auszeichnungen zu holen. In ihren fest geflochtenen Zöpfen, ihrem weißen Kleide und den ausgeschnittenen Lackstiefeletten hatte sie reizend ausgesehen, und die Herren der Prüfungskommission hatten jedesmal, wenn sie auf ihren Platz zurückkehrte, Verbeugungen vor ihr gemacht. Der Hof war voller Equipagen, man rief ihr über den Schlag hinweg Adieu zu, — der Musiklehrer kam mit seinem Violinkasten aus dem Hause und zog den Hut vor ihr . . . — — Wie fern lag doch das alles schon, wie weit, weit zurück! . . .

Sie lockte Djali herbei, nahm ihn auf den Schoß und streichelte seinen schmalen, feinen Kopf: „Allons, Djali, komm, küß Frauchen! — Du hast keinen Kummer . . ." Und während dem betrachtete sie die melancholischen Züge des schlanken Tierchens, das langsam gähnend die spitzen Zähnchen zeigte; mit einer gewissen Rührung verglich sie es mit sich selbst und sprach ihm laut und zärtlich zu, wie einem Menschen, den man in seinem Kummer trösten will.

Von Zeit zu Zeit fuhr ein plötzlicher Windstoß über das Feld, eine frische, salzige Brise, die vom Meer her das ganze Plateau von Caux bestrich. Das Schilf neigte sich in geheimnisvollem Flüstern tief zur Erde, ein leichter Schauer ging durch das Buchenlaub und in den schwanken Wipfeln der Bäume erhob sich ein Rauschen. Fröstelnd zog Emma ihr Tuch fester um die Schultern und erhob sich, um zu gehen.

Eine grünliche Dämmerung lag auf dem Weg, auf dem sie heimkehrte, und das niedrigstehende Moos knirschte bei jedem Schritt unter ihren Füßen. Die Sonne war schon verschwunden. Der rötliche Abendhimmel schimmerte durch das Geäst und die Stämme der gradlinig eingepflanzten Bäume hoben sich gleich einer braunen Säulenhalle von dem goldigen Hintergrunde ab. Eine Bangigkeit überkam sie. Sie rief Djali herbei und kehrte beschleunigten Laufes auf die Chaussee und nach Tostes zurück, wo sie sich in einen Sessel fallen ließ und den ganzen Abend über kein Wort mehr sprach. —

Erst gegen Ende des Monats sollte etwas Ungewöhnliches die Stille ihres Lebens unterbrechen. Sie erhielt eine Einladung nach Vaubyessard, dem Schlosse des Marquis d'Andervilliers.

Der Marquis war während der Restauration Staatssekretär gewesen, und da er nunmehr in das politische Leben zurückkehren wollte, betrieb er mit vielem Aufwand seine Wahl zum Deputierten. Er hatte im verflossenen Winter das Reisigholz aus seinen Waldungen umsonst verteilen lassen und im Kreistag fortwährend mit großer Eindringlichkeit die Anlage neuer Straßen für sein Arrondissement beantragt. Während der letzten Hundstage hatte er einen Abfeß in der Mundhöhle gehabt, von dem ihn Charles wie durch ein Wunder mit einem einfachen Einstich befreit hatte.

Der Sekretär, der damals nach Tostes geschickt wurde, um die Rechnung zu begleichen, erzählte zufällig des Abends von den prachtvollen Kirschen, die er in dem Gärtchen des Arztes gesehen habe. Nun trugen gerade in diesem Jahre die Kirschbäume von Vaubyessard sehr schlecht; der Marquis ließ also bei Bovary um ein paar Ableger zum Okulieren bitten, und hielt es daraufhin für seine Pflicht, sich persönlich zu bedanken. Er lernte bei dieser Gelegenheit auch Emma kennen und fand, daß sie eine hübsche Figur und gar nichts von einer „Landpomeranze" an sich habe, derart, daß man auf dem Schlosse die Herablassung nicht zu weit zu treiben glaubte, wenn man das junge Ehepaar einmal einlud.

Eines Mittwochs, nachmittags um drei, bestiegen Herr und Madame Bovary ihre kleine Kaleche, um nach Vaubyessard zu fahren. Am Hinterteil des Wagens war ein großer Koffer festgeschnallt, eine Hutschachtel stand auf dem Spritzleder, während Charles selbst zum Ueberfluß noch einen Karton zwischen den Knien hielt. Beim Einbruch der Dunkelheit kamen sie an, als man eben im Parke Lampions anzündete, um den von auswärts kommenden Wagen den Weg zu zeigen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191207 23-10/fragment/page=0005

noch immer die Schmerzenskinder der Parteiorganisation, da dort die Arbeit meist nur auf den Schultern einzelner Genossen ruhe. In Zukunft müßten auch die Distriktsleitungen mehr als bisher die Initiative zur Agitation ergreifen und nicht alles Heil von der Agitation erwarten.

Zur Debatte, die über diesen Punkt nunmehr einsetzte, wurde folgender, vom Distrikt Nebra nachträglich eingereichter Antrag gestellt: „Jeder Distrikt hat einen Agitationsleiter zu wählen, dessen Aufgabe sein muß, eine ständige intensive Agitation in den zum Distrikt gehörigen Orten zu treiben. Um die Agitationsleiter mit dem notwendigen Material betraut zu machen, empfiehlt der Kreistag die öftere Abhaltung von Agitationsleiter-Konferenzen."

Genosse Sämisch-Schkeuditz weist mit Nachdruck darauf hin, daß man bei der Aufstellung von Kandidaten zu Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen außerordentlich vorsichtig sein müsse und nicht Leuten das Vertrauen schenken dürfe, die den Sozialismus nicht mit dem nötigen Nachdruck vertreten. Dasselbe treffe in genau demselben Maße auf die Vertrauensleute zu. Die größte Aufmerksamkeit müsse stets der Lokalfrage geschenkt werden. Die am zweckmäßigste Taktik müsse den einzelnen Orten überlassen werden. Schon die Eltern hätten da eine schöne Aufgabe erfüllt, wenn sie die Kinder so erzögen, daß sie Boykottbruch niemals begehen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen empfahl der Redner eine Teilung der Agitationsbezirke, damit eine tiefgründige Agitation möglich sei. Auch die Agitation von Haus zu Haus, wie sie seitens der Bezirksorganisation vorgeschlagen wird, sei als das beste Mittel zur Gewinnung neuer Mitglieder und Abonnenten des Volksblatts zu empfehlen. Durch einen einzigen Vorstoß seien in Schkeuditz 50 neue Mitglieder aufgenommen worden. In gleicher Weise lasse sich diese Methode auch auf die ländlichen Bezirke ausdehnen, um besser an die Landarbeiter heranzukommen. — Genosse Petold-Schkeuditz konnte sich gleichfalls nicht mit der Passivität der Agitationskommission einverstanden erklären und verlangte ein selbständigeres Vorgehen derselben, damit das alljährlich auf dem Kreistag ertönende Klagelied verstumme. — Genosse Hey-Merseburg bestritt, daß in Merseburg ein Rückgang der Mitgliederzahl eingetreten sei; in Wirklichkeit seien sehr viele Mitglieder neugewonnen worden. Der scheinbare Rückgang sei auf einen Irrtum des vormaligen Bezirksleiters zurückzuführen, der im Vorjahre die Zahl der Mitglieder zu hoch angegeben habe. — Bezirkssekretär Drescher vertrat den Standpunkt, daß der Antrag Nebra wohl sehr gut gemeint sei, doch aber nicht das richtige treffe. Vielleicht wäre ein Versuch auf der Grundlage möglich, daß die jetzt für den ganzen Kreis bestehende Agitationskommission aufgehoben und an deren Stelle der Kreis in kleinere Agitationsbezirke mit eigenen Agitationsleitern bezw. Kommissionen geteilt würde. Diese Reform sei grundlegender Natur, aber von besonderer Wichtigkeit, weil diesen eventuell zu schaffenden Bezirksagitationskommissionen große Arbeitsgebiete überwiesen werden könnten. Sie könnten vor allem auch die Aufgaben der Lokalkommissionen, die an manchen Orten nicht in der gewünschten Weise funktionieren, übernehmen, ferner dafür sorgen, daß bei Lokalmangel Plätze zur Abhaltung öffentlicher Versammlungen unter freiem Himmel gewonnen würden. Der Vorschlag des Sekretärs wurde zum Antrage erweitert und eingehend diskutiert. — Genosse Pilke-Laucha schilderte mit trefflichen Worten die außerordentliche Schwierigkeit, unter der die Agitation in jenem „schwarzen Winkel" zu leiden hat. — An der weiteren Debatte beteiligten sich u. a. noch die Genossen Bauer- und Ludstuweit-Merseburg, Dittrich-Zöschen und Voigt-Beuchlitz. Genosse Brettschneider warnte insbesondere vor übereilten Beschlüssen, indem er auf die schier unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten im stark agrarischen, von Industrie entblößten Kreise Querfurt hinwies.

Unter Ablehnung des Antrages Nebra wurde dem Vorschlage des Genossen Drescher zugestimmt, den Kreis in mehrere Agitationsbezirke zu teilen und an deren Spitze geeignete Genossen zu setzen. Gewählt wurden zu Agitationsleitern die Genossen Brettschneider-Großlehna, Wille-Schkeuditz, Schneider-Merseburg, Ballstadt-Lützen und Legel-Mücheln.

Auf Vorschlag der Mandatsprüfungskommission wurden sämtliche Mandate für gültig erklärt. Unvertreten waren die Distrikte Schafstedt und Laucha.

Der Kassenbericht, den der Kassierer Wille sodann vortrug, schließt ab in Einnahme mit 12 868 Mk. und in Ausgabe mit 12 538,17 Mk., so daß ein Kassenbestand von 330,04 Mk. vorhanden ist. Der Berichterstatter führte lebhaft Klage über die zu späte Einsendung und mangelhafte Ausfüllung der Fragebogen und ermahnte die Distriktskassierer, in Zukunft doch etwas präziser und exakter zu arbeiten. Dem Restantenunwesen müsse energisch entgegengearbeitet, ferner die schwierige Arbeit des Vorstandes in jeder Hinsicht unterstützt werden. Nach Aufklärung einiger unbedeutender Monita wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt.

Ueber Agitation und Organisation referierte sodann der Kandidat des Kreises, Genosse Pollender-Leipzig. Redner verbreitete sich zunächst eingehend über die Reorganisation des Parteistatuts und bezeichnete die vom Parteivorstande vorgeschlagenen Aenderungen als durchaus akzeptabel. Bezüglich des Vertretungsrechts der Reichstagsfraktion sei es am besten, es bliebe bei dem jetzigen Zustande. Soweit es sich nicht um eigene Angelegenheiten der Fraktion handelt, sei es nicht mehr als recht und billig, wenn den Reichstagsabgeordneten die gleichen Rechte eingeräumt würden wie den anderen nichtparlamentarischen Delegierten. Für völlig verfehlt halte er den Vorschlag der Kommission betreffend die Umwandlung der Kontrollkommission. Daß das schnelle Zusammentrommeln des schwerfälligen Parteiausschusses bei politisch wichtigen Ereignissen möglich sei, erscheine ausgeschlossen. Bei der ganzen Reorganisation des Parteivorstandes eine größere Aktionsfähigkeit herbeizuführen, müsse unausgesetzt im Auge behalten werden. Wenn der jetzige Parteivorstand es bei verschiedenen Gelegenheiten an der nötigen Offensive habe fehlen lassen, so müsse man eben eine Vermehrung der Zahl der Mitglieder desselben vornehmen. Auf die Situation im Kreise eingehend, vertrete Redner die bereits früher vorgetragene Meinung, daß über kurz oder lang doch zur Anstellung eines besonderen Wahlkreissekretärs geschritten werden müsse. Es dürfe deshalb auch heute nicht die Gelegenheit verpaßt werden, die der Frage der Schaffung einer selbständigen berufsmäßigen Leitung entgegenstehenden finanziellen Bedenken überwinden zu suchen. Ferner bedürfe es der unausgesetzten energischen Arbeit, um die Massen zum demokratischen Denken und Handeln, zum Sozialismus zu erziehen. Um dies zu erreichen, bedürfe es einer gutgeleiteten, mit prinzipieller Klarheit die Massen aufklärenden Presse. Er glaube wohl im Sinne sämtlicher Delegierten zu sprechen, wenn er anerkenne, daß das Volksblatt in dieser Hinsicht seine Schuldigkeit im vollsten Maße erfüllt habe. Wenn solches anzuerkennen sei, dann müsse noch weit mehr für die Verbreitung des Parteiblattes getan werden, dann mögen die journalistischen Leistungen noch so vorzügliche sein, sie erreichen noch lange nicht alle diejenigen, auf die es bei den Wahlen ankomme. Zwei Fragen seien es weiter, deren Wichtigkeit nicht hoch genug angeschlagen werden könne: die Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft und die proletarische Jugendbewegung. Treffliche Worte fand der Redner besonders über die Nachäffung des militärischen Klimbims in den „nationalen" Jugendwehren und Wehrkraftvereinen, durch die nicht eine Veredelung des Menschengeschlechts, sondern — wie zahlreiche Beispiele gezeigt haben — eine Verrohung der heranwachsenden Generation herbeigeführt würde. Die nächste Frage, deren Erledigung möglichst beschleunigt werden müsse, sei die preußische Wahlrechtsfrage. Auch der letzte Arbeiter müsse gelegentlich der im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahl von der Scheusäligkeit jenes Wahlunrechts überzeugt, alles müsse herangeholt werden, damit eine Aenderung recht plötzlich eintrete. Die weitesten Arbeiterschichten müßten davon überzeugt werden, daß die preußische Dreiklassenschande das Reich an seiner Fortentwicklung hindere. Wohin man blicke, harrten unser große, wichtige Aufgaben, sorge jeder Genosse dafür, daß er im nächsten Jahre von sich sagen könne: Ich habe meine Pflicht und Schuldigkeit getan. Im Verlaufe seines kurzen aber trefflichen Referats ging Genosse Pollender noch mit einigen Worten auf das vielerörterte Stichwahlabkommen mit den Freisinnigen und die besonderen Vorgänge im Wahlkreise Merseburg ein. Dieser Teil seiner Ausführungen fand seinen Niederschlag in folgender, einstimmig angenommener Resolution:

„Die Kreisversammlung von Merseburg-Querfurt erblickt in dem Stichwahlabkommen mit den Freisinnigen eine arge Entgleisung aus der Bahn selbständiger proletarischer Klassenpolitik. Die mit dem Abkommen oktroyierte „Dämpfung" der sozialdemokratischen Wahl- und Werbetätigkeit mußte nicht nur große Verwirrung in den eigenen Reihen hervorrufen, sondern war auch geeignet, die Parteientwicklung in den betroffenen Kreisen dauernd zu schädigen. Insbesondere muß aber auch die autokratische Methode verurteilt werden, mit der dem Stichwahlabkommen im Wahlkreise Merseburg-Querfurt über den Kopf des Wahlkreisvorstandes und gegen dessen Willen Geltung zu verschaffen versucht wurde."

In der Diskussion trat Genosse Wille-Schkeuditz energisch für eine großzügige Verbreitung des Volksblatts ein und forderte die Distrikte nachdrücklichst für Vornahmen von Hausagitationen auf. So glänzend und bestechend die bisher erzielten Erfolge auch sein mögen, so stehe doch fest, daß alle diejenigen sozialdemokratischen Wähler, die bisher noch nicht Leser der Arbeiterpresse seien, als unsichere Kantonisten betrachtet werden müßten. — Parteisekretär Gen. Drescher hielt die vom Referenten vorgeschlagene Resolution nicht für zweckmäßig und meinte, daß der Parteitag in seiner großen Mehrheit wohl einen anderen Standpunkt einnehmen werde. — Dieser Ansicht wurde vom Genossen Brettschneider widersprochen mit dem Hinzufügen, daß die Erfolge noch größer gewesen wären, wenn das Stichwahlabkommen nicht mitten in die Wahlarbeit hineingeprasselt wäre. Er herrschte in den weitesten Kreisen die hellste Empörung über ein solches Vorgehen. Auch dieser Redner wies mit treffenden Worten auf die Wichtigkeit der proletarischen Jugendbewegung hin, die Genossen zu fleißiger Mitarbeit auffordernd. Im gleichen Sinne äußerte sich Genosse Kasparek-Halle, der insbesondere den Kampf um die Jugend im Agitationsbezirk und die Maßnahmen des Regierungspräsidenten sowie der unteren Verwaltungsbehörden einer scharfen Kritik unterzog.

Ueber den Punkt Presse machte Redakteur Kasparek einige Ausführungen, wobei er konstatierte, daß trotz des schönen Wachstums der Parteipresse die Zahl der Leser des Volksblatts im Kreise noch lange nicht befriedige. Auch im verflossenen Jahre haben Polizei und Justiz dem Blatte erhebliche Wunden geschlagen. Diese gelte es zu heilen durch Gewinnung neuer Mitstreiter. Als geeignetstes Mittel sei die Hausorganisation zu empfehlen.

Hierauf gelangten die gestellten Anträge zur Beratung. Der vom Vorstand gestellte Antrag: Die Eintrittsgelder sind ohne Abzug an die Hauptkasse abzuführen, wurde einstimmig angenommen, während ein Antrag Passendorf: von der Anstellung eines Kreissekretärs ist abzusehen und dafür die Agitationskommission um 5 Mitglieder zu verstärken, durch die vorgenommene Reorganisation der Agitationskommission als erledigt erklärt wurde. — Genosse Zimmermann-Lützen begründete einen von seinem Distrikt gestellten Antrag auf Einsetzung eines Kreisbildungsausschusses. Nach einer längeren Debatte, in welcher sich fast sämtliche Redner gegen die Einsetzung eines solchen Ausschusses erklärten, weil die vielen Schwierigkeiten kaum zu überwinden sein würden, wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wahlen. Als Sitz des Hauptvorstandes wurde wieder Schkeuditz bestimmt. Als Delegierter zum Parteitag wurde der Gen. Pollender, zum Preußentag Gen. Brettschneider-Großlehna gewählt; der Bezirkstag soll beschickt werden durch die Genossen Voigt-Passendorf, Albrecht-Lützen, Sämisch-Schkeuditz, Brettschneider-Großlehna und Hesselbarth-Merseburg. Zum Mitglied der Preßkommission wurde der Genosse Sämisch-Schkeuditz, zum Stellvertreter Krüger-Merseburg ernannt.

Sodann wurde folgender Antrag zum Parteitag angenommen: „Der Kreistag bringt zum Ausdruck, daß Mitglieder eines gelben Werkvereins oder eines gelben Verbandes nicht Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein können. Der Kreistag fordert deshalb, daß Angehörige solcher gelben Gewerkschaften, sofern sie Parteimitglieder sind, aus der Partei ausgeschlossen werden."

Da über den Ort des nächsten Kreistages keine Einigung erzielt werden konnte, wurde die Bestimmung des nächsten Tagungsortes dem Vorstand überlassen.

Mit einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden wurde der Kreistag gegen 5 Uhr geschlossen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 22. Juli 1912.

Sozialdemokratischer Verein.

Am Donnerstag, den 25. Juli, findet im Volkspark eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Da sich die Versammlung in der Hauptsache mit dem neuen Organisationsentwurf beschäftigen soll, so werden die Mitglieder ersucht, für einen recht regen Besuch zu agitieren.

Am Dienstag, den 23. Juli, abends 8½ Uhr, findet im Volkspark eine Sitzung des Vorstandes und der Preßkommission statt. Vollzähliges Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Was ist eine Versammlung?

Die für unser Vereins- und Parteileben so überaus wichtige Frage, was eine „Versammlung" im Sinne des Reichsvereinsgesetzes ist, beantwortete dieser Tage das Ober-Verwaltungsgericht dahin, daß Zusammenkünfte zum Anhören von Vorträgen nicht immer Versammlungen im Sinne des Reichsvereinsgesetzes sind.

Der Abgeordnete Dr. Seyda in Kattowitz ist Vorsitzender eines polnischen Komitees, das öffentliche Vorträge veranstaltet. Auf der Tagesordnung einer solchen Vortragsversammlung am 28. April 1911 stand das Thema: „Zahnkrankheiten und Arbeitsunfähigkeit." Als der Vortragende die polnische Sprache gebrauchte, löste ein Polizeibeamter die „Versammlung" auf, weil es sich um eine „öffentliche Versammlung" handelte, wo nach § 12 des Reichsvereinsgesetzes die Verhandlungen in deutscher Sprache zu führen seien. Auf die Klage des Dr. Seyda gegen die Polizeiverwaltung zu Kattowitz erklärte der Bezirksausschuß die Auflösung für ungerechtfertigt. **Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil, weil es sich hier um eine Veranstaltung handele, die nicht unter das Vereinsgesetz falle.** Das Oberverwaltungsgericht ging von folgenden Erwägungen aus:

Das Reichsvereinsgesetz enthalte keine Bestimmung des Begriffs „Versammlung". Dieser Begriff im Sinne jenes Gesetzes müsse daher aus dem Sprachgebrauch der früheren Gesetzgebung aus dem Reichsvereinsgesetz selbst und aus seiner Entstehungsgeschichte bestimmt werden. Hiernach sei unter einer Versammlug zu verstehen eine geplante (nicht zufällige) Zusammenkunft einer größeren Anzahl von Personen zur Erreichung eines gemeinschaftlichen (nicht blos gleichen) Zweckes. Ohne entscheidende Bedeutung sei der Ort oder der Raum, wo die Versammlung stattfindet. Von Zusammenkünften anderer Art unterscheide sich die Versammlung durch ihren Zweck. Während durch andere Zusammenkünfte nur persönliche Interessen jeder einzelnen der zusammengetroffenen Personen befriedigt werden sollen, bezwecke die Versammlung die Verfolgung eines den Zusammentretenden gemeinsamen Zwecks, eine Einwirkung auf die Allgemeinheit, und zwar eine Einwirkung auf den Willen der Versammelten, um ihr künftiges Verhalten auf dem, den Gegenstand der Erörterung bildenden Gebiete zu bestimmen.

Daher sind Zusammenkünfte zum Zwecke der Unterhaltung, Erheiterung, Belehrung oder des Kunstgenusses (Gesellschaftsspiele, Schaustellungen, Vorstellungen, Aufführungen und sonstige Lustbarkeiten, gemeinschaftliche Uebungen im Gesang, Turnen und dergleichen, wissenschaftliche Vorträge, gemeinsame Unterrichtsstunden, Vorlesungen usw.) **keine Versammlungen im Sinne des Reichsvereinsgesetzes.** Der bei der Einladung angegebene Zweck sei allerdings nicht unter allen Umständen entscheidend. Es komme vielmehr auf die tatsächliche Gestaltung an. Auch mit Lustbarkeiten usw. könne ein weiterer Zweck verbunden sein, der die Zusammenkunft zu einer Versammlung machen könne.

Zusammenkünfte, die nach dem Ausgeführten keine Versammlungen seien, fielen auch dann nicht unter das Vereinsgesetz, wenn sie sich nicht auf einen geschlossenen Personenkreis beschränkten, sondern jedermann zugänglich seien. Die Vorschriften des Vereinsgesetzes fänden auf sie keine Anwendung. Für die Veranstalter und Teilnehmer dieser Zusammenkünfte beständen also auch nicht die Verpflichtungen, deren Erfüllung durch das Vereinsgesetz für „Versammlungen" vorgeschrieben sei, wie z. B. die Verpflichtung zur Unterlassung des Waffentragens und zum Gebrauche der deutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen, zur Einholung einer Genehmigung für öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, zur polizeilichen Anzeige und zur Leitung von öffentlichen politischen Versammlungen.

Eine solche Zusammenkunft, die keine „Versammlung" sei und nicht unter das Vereinsgesetz falle, sei die hier in Frage stehende Zusammenkunft, die lediglich dem Anhören eines belehrenden Vortrags über den Zusammenhang zwischen Zahnkrankheiten und Arbeitsfähigkeit dienen sollte. Der Gebrauch der polnischen Sprache sei deshalb in dieser Zusammenkunft, obgleich sie eine öffentliche gewesen sei, zulässig gewesen und die Auflösung unberechtigt.

Wir ersuchen unsere Genossen, sich diese wertvolle Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts recht gut aufzubewahren, damit sie von ihr in jedem Augenblicke guten Gebrauch machen können. Von den Amtsvorstehern, Polizeiverwaltungen, Landräten usw. darf man wohl auch erwarten, daß sie das Urteil des Gerichts in jedem Falle genau beachten.

Verband der Krankenkassen im Bezirk der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt.

Die 11. Generalversammlung genannten Verbandes wurde am Sonntag, vormittags 11 Uhr, in Nordhausen im Etablissement „Zur Hoffnung" vom Verbandsvorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Brandes-Magdeburg eröffnet. Von den eingeladenen Behörden hat nur die Stadt Nordhausen den Stadtrat Raller als Vertreter entsandt. Der Vorsitzende des Nordhäuser Krankenkassenverbandes, Gen. Wicklein, begrüßt den Verbandstag namens der Nordhäuser Krankenkassenmitglieder und wünscht der Tagung den besten Erfolg zum Wohle der Versicherten im Bezirk. Die Versammlung war von 193 Delegierten beschickt. Davon sind 54 Unternehmer, 96 Arbeitnehmer, 36 Kassenbeamte, 1 Delegierter des Bezirkskartells, sowie 6 Mitglieder des Vorstandes.

Den Jahresbericht gab Brandes-Magdeburg, dann folgte ein instruktives Referat über „Die Zentralisation der Ortskrankenkassen" vom Genossen Mössinger-Magdeburg. Genosse Güldenberg-Halle besprach „Die neuen Rechtswege in der Reichsversicherungsordnung". In einem vorzüglichen Referat legte der Vorsitzende des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, Genosse Fräßdorf-Dresden, die Bestrebungen der Aerzte zu den Krankenkassen dar. Vor allem beschäftigte er sich mit den Schädigungen der Krankenkassen durch die freie Aerztewahl und warnt vor deren voreiliger Einführung. Er ersucht, stets die örtlichen Verhältnisse in Betracht zu ziehen und hofft, daß die Vorstände den Aerzten ein steifes Rückgrat zeigen, wenn letztere den Kassen die freie Aerztewahl aufoktroyieren wollen. Fräßdorf geht scharf mit Herrn Müller-Magdeburg, den Redanten der kaufmännischen Krankenkasse, ins Gericht, der im Kampfe gegen die Bestrebungen der Aerzte durch Ausgabe von Broschüren 2c. den Kassen Knüppel zwischen die Beine geworfen haben soll. — Adler-Halle bespricht den Aerztekampf in Halle, und Müller-Magdeburg verteidigt sich gegen die Angriffe Fräßdorfs. Zu der Angelegenheit äußerten sich noch Brandes und Mössinger-Magdeburg, die beide die Ansichten des Gen. Fräßdorf über die Stellungnahme Müllers unterstrichen. — Zur Beratung des neuen Statuts wurde eine neungliedrige Kommission eingesetzt. Hierauf wurde die Versammlung auf heute früh 9 Uhr vertagt. Näherer Bericht folgt.

Die Ursache des furchtbaren Bauunglücks.

Ueber die Ursache des furchtbaren Bauunglücks auf dem Schleifweg 5 d, bei welchem dem Maurer Gustav Meyer der Schädel zertrümmert wurde und den Tod zur Folge hatte, ist bis jetzt noch nichts bestimmtes bekannt. Die anderen Verletzten, der Maurer Franz Berger aus Oppin, erlitt eine Verletzung der linken Hand und eine Verstauchung der Wirbelsäule, auch der Maurer Karl Meinhardt, ebenfalls aus Oppin, wurde schwer verletzt. Ferner erlitt der Maurer Otto Eckstein aus Oppin eine Verletzung am Schienbein und eine Kreuzverstauchung, doch sind seine Verletzungen anscheinend nicht gefährlicher Art, so daß er in einer Droschke nach seiner Wohnung gebracht werden konnte. Eckstein befindet sich also nicht, wie zuerst gemeldet wurde, im Diakonissenhause. Die Verletzungen der im Diakonissenhause Untergebrachten sind so gefährlicher Art, daß man um ihr Leben besorgt ist. Der Zusammensturz des Gerüstes soll auf ungenügende Befestigung eines Riegels, der sich beim Anlehnen einer Leiter an das Gerüst löste, zurückzuführen sein.

* **Volkspark.** Morgen, Dienstag, wird unseren Konzertfreunden einige genußreiche Stunden geboten werden. In unserem herrlichen Garten findet ein Operetten-Abend statt. Ein gut zusammengestelltes Programm wird die gesamte Kapelle Engelmann zur Ausführung bringen. Das Programm kostet 10 Pf. Den Parteigenossinnen und Parteigenossen kann der Besuch des Konzerts nur empfohlen werden.

* **Eine Aenderung der Gasabgabebedingungen** besteht nach einer von der Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke uns zugehenden Mitteilung darin, daß es nunmehr gestattet ist, ohne besondere Leuchtgasleitung und besonderen Gaszähler in der Küche und im Badezimmer je eine Leuchtgasflamme an die daselbst vorhandene Heizgasleitung anzuschließen. Diese Neuerung dürfte von allen Gasabnehmern mit Freuden begrüßt werden, wird doch in manchen Fällen dadurch der zweite Gaszähler überhaupt über-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120723-10/fragment/page=0006

lässig. Für diejenigen Haushaltungen aber, die bisher die Vorteile des Kochens mit Gas wegen zu hoher Anlagekosten für die Innenleitungen überhaupt noch nicht genießen konnten, dürfte jetzt der Zeitpunkt gekommen sein, dieser Frage näher zu treten. Ganz besonders gilt dies für alle Familien, in denen die Hausfrau selbst kocht und deshalb oft die Familie auch in der Küche ißt und überhaupt einen großen Teil des Tages und vor allem der Abendstunden in der Küche zubringt. Für sie ist eine Kochgasanlage ganz besonders lohnend, wenn dieselbe auch die Beleuchtung zu billigem Preise liefert, denn der Gasverbrauch der modernen Lampen für hängendes Gaslicht, die für 30, 50, 100 Kerzen Lichtstärke zu haben sind, ist so gering, daß er praktisch keine Rolle spielt. Da in den meisten Häusern eine Gasleitung vorhanden ist, so ist meist nur eine kurze Zuleitung zum Gaskocher und von da zur Lampe erforderlich, die eine erhebliche Ausgabe nicht erfordert. Es kommt nur ein Gasmesser zur Aufstellung, für den eine Miete nicht erhoben wird, wenn ein bestimmtes Quantum Gas im Jahre verbraucht worden ist. Dort, wo ein Gasanschluß noch nicht vorhanden ist, gibt die Aenderung der Gasbezugsordnung vielleicht manchem Hauswirt die Anregung, durch Aufwendung der nicht erheblichen Kosten für den Gasanschluß und die Stengeleitung seine Mieter des Vorteiles der Gasverwendung teilhaftig werden zu lassen. Was den Anschluß eines Leuchtgasflamme an die Heizgasleitung des Badezimmers anbetrifft, so wäre zu wünschen, daß die Neuerung dem im Ankauf wie in der Benutzung billigen „Gasbadeofen" recht viele neue Anhänger zuführen möge. Es verdient hier auf eine Neuerung hingewiesen zu werden, die bereits vielfach zur Anwendung gekommen ist und gestattet, auch den Inhabern kleiner Wohnungen, wo die Aufstellung einer Badeeinrichtung für den einzelnen Mieter aus baulichen und finanziellen Gründen nicht möglich ist, die Annehmlichkeit eines häuslichen Bades zu verschaffen. In solchen Fällen wird es dem Hausbesitzer meist möglich sein, einen vielleicht im Kellergeschoß gelegenen Raum auf eigene Kosten mit geringen Mitteln als Baderaum mit Gasbadeofen und Zubehör auszustatten. Für solche Fälle stellt das Gaswerk Gasautomaten auf und jeder badende Hausbewohner kann sich durch Umwurf eines 10 Pfennigstückes selbst das zur Bereitung des Bades und zur Beleuchtung erforderliche Gas kaufen. Dem Hauswirt erwachsen dadurch lediglich die geringfügigen Kosten für Unterhaltung der Anlage, die eventuell durch einen kleinen Aufschlag auf die Miete leicht gedeckt werden können.

* **Städtische Kinos.** Der Frankfurter Zeitung wird aus Wiesbaden berichtet: Der Regierungspräsident hat auf Veranlassung des Ministers sämtliche städtischen Polizeibehörden Hessen-Nassaus beauftragt, Ermittelungen anzustellen wegen Einführung von kinematographischen Jugendvorstellungen und besonders darüber, ob es tunlich sei, die bestehenden Kinematographen-Theater mit diesen Vorstellungen zu betrauen oder die Frage durch Einrichtung besonderer städtischer Kinos zu lösen, in Wiesbaden selbst hat man sich bereits für letzteres entschieden.

* **Spezialausstellung zur Förderung der Volkshygiene** nennt sich ein von einem Herrn Max Eigl aus München im Goldenen Schiffchen in der Großen Ulrichstraße veranstaltetes Unternehmen. Die Ausstellung soll der sozialen und moralischen Förderung des Volkes dienen. Der Bau des menschlichen Körpers mit seinen inneren Organen wird dem Beschauer teils an Wachsfiguren, teils an Bildern vorgeführt. Ganz besonders werden die Krankheiten, die durch den Alkohol und die sexuelle Ausschweifung hervorgerufen werden, in rein wissenschaftlicher Darstellung demonstriert. Die Tuberkulose der Haut, die Krebskrankheit, die Lepra, die Syphilitiskrankheit in ihren verschiedenen Stadien, die Folgen des engen Schnürens bei den Damen und ferner eine ganze Reihe von Trinkerkrankheiten — durch Genuß von übermäßigem Alkohol hervorgerufen — bilden vorwiegend die Ausstellungsobjekte. Es läßt sich nicht leugnen, daß Alkohol und sexuelle Ausschweifungen in der gegenwärtigen Zeit viele Opfer fordern, es ist daher mit Freuden zu begrüßen, wenn den großen breiten Volksmassen Gelegenheit geboten wird, die Schäden unmoralischen Lebenswandels mit eigenen Augen zu sehen. Wir konnten denn auch mit Genugtuung beobachten, mit welchem Interesse die Besucher, die sich zum größten Teil aus Arbeiterkreisen rekutierten, die Ausstellung besichtigten. Denn wer in dieser hygienischen Ausstellung an den Wachsfiguren die fürchterlichen Verheerungen des menschlichen Organismus durch ausschweifendes Sinnenleben und übermäßigen Alkoholgenuß so deutlich vor Augen sieht, muß, wenn er noch einigermaßen Energie besitzt, zurückweichen vor einem Lebenswandel, der solche Schäden im Gefolge hat. Und wenn das nur bei einem geringen Prozentsatz erreicht werden sollte, dann hat die Veranstaltung ihren Zweck zum Teil schon erfüllt. Wir können den Besuch der Ausstellung nur empfehlen; ganz besonders möchten wir es aber der geschlechtsreifen Jugend ans Herz legen, sich die Gelegenheit nicht entgehen zu lassen, um ihr Wissen in hygienisch-sexueller Beziehung zu bereichern. Nur bis Mittwoch weilt die Ausstellung noch in unserer Stadt, wer sie besuchen will, muß sich also beeilen.

* **Zusammenstoß.** Ein Zusammenstoß zwischen einem Motorwagen und einem Lastgeschirr fand in der Merseburger Straße statt, wobei an dem Lastfuhrwerk die Deichsel zerbrochen wurde. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

* **Festnahme.** Ein Mann wurde am Sonntag morgen in der Nähe der Artilleriestraße beim Auslegen von Hafenschlingen überrascht und festgenommen.

Bei einer in vergangener Nacht vorgenommenen Streife wurden vier obdachlose Männer und eine Frauensperson in einem Kleereiter nächtigend angetroffen.

* **Schlägerei.** In vergangener Nacht entstand zwischen einem Arbeiter und einem Bohrmeister in der Dessauer Straße eine Schlägerei, wobei der eine mit einem Regenschirm verletzt wurde.

* **Von der Straße.** Ein Radfahrer stürzte gestern in der Trotzaer Straße von seinem Rade und erlitt einen Knöchelbruch. Er wurde dem Diakonissenhause zugeführt. — In der Taubenstraße lief ein Schulknabe gegen eine langsam fahrende Kraftdroschke und wurde umgerissen, wobei er einige Abschürfungen erlitt. — Durch eigene Unvorsichtigkeit wurde in der Gr. Ulrichstraße eine Dame von einem Radfahrer angefahren, jedoch nicht verletzt. — Ein Hund lief in der Mansfelder Straße in das Rad eines Motorwagens und wurde getötet. — Zur Beseitigung eines Gardinenbrandes wurde die Feuerwehr nach der Gr. Ulrichstraße gerufen.

* **Von Krämpfen befallen.** Ein Arbeiter wurde in der Dölauer Straße von Krämpfen befallen, und da er sich nicht erholte, der Klinik zugeführt. — Ein Arbeiter wurde in der Geiststraße von Krämpfen befallen und der Klinik zugeführt.

* **Selbstmord.** Ein Dienstmädchen sprang gestern in selbstmörderischer Absicht hinter dem Pfälzer Schießgraben in die Saale. Das Mädchen wurde jedoch gerettet und seinen Eltern zugeführt. Es soll aus Furcht vor seiner Herrschaft die unselige Tat ausgeführt haben.

Vereinskalender. Walhalla-Theater. Das Berliner Vaudeville-Ensemble, welches mit seinem sensationellen Schlager Der Tanzanwalt im Walhalla täglich vor ausverkauftem Hause sein Gastspiel absolviert, kann nur bis zum Schluß dieses Monats in Halle bleiben. Da der Besuch täglich ein recht guter ist und es immer schwer gelingt, an der Abendkasse noch gute Plätze zu erhalten, empfiehlt es sich, recht regen Gebrauch von den Vorverkaufsstellen zu machen.

Dampfschiffahrt von C. Schräpler. Morgen, Dienstag, früh 9½ Uhr, findet eine billige Ferienfahrt mit dem Salondampfer Deutschland nach Rothenburg statt. Fahrpreis pro Person hin und zurück 1 Mark. Jede Familie hat ein Kind frei. Einsteigestelle oberhalb der Petznitzbrücke, gegenüber Ruderklub Nelson.

Dölau. Arbeiterschaft und Jugend. Ueber dieses gewiß sehr zeitgemäße Thema sprach am Sonnabend in einer leider nicht besonders gut besuchten öffentlichen Versammlung der Bezirksvertrauensmann der Jugendausschüsse, Genosse Kasparek aus Halle. In eindringlicher Weise legte er den Erwachsenen die wahren Ziele der nur auf Muckerei und Verblödung gerichteten bürgerlichen Jugendbewegung dar und forderte die Lehrlinge und jungen Mädchen auf, sich von den falschen Jugendfreunden nicht einfangen zu lassen, sondern sich an den Veranstaltungen der proletarischen Jugend zu beteiligen. Daß auch die Dölauer Arbeiterschaft nunmehr gewillt ist, nicht selbst die Ketten zu schmieden, mit der sie durch Abwendigmachung des Nachwuchses von den Idealen der Alten gefesselt werden soll, zeigte der reiche Beifall am Schlusse des treffenden, scharf pointierten Vortrags und die Zuschrierung, alles zu tun, um den hurrapatriotischen Jugendverderbern das Konzept gründlich zu verderben. Die Gewinnung zahlreicher Abonnenten für die ausgezeichnete Arbeiterjugendzeitschrift war der sichtbare Erfolg der Versammlung. Die sich an den Vortrag anschließende Diskussion bot aber auch in anderer Hinsicht noch einiges Interesse. Zum ersten Male wagte sich ein hervorragender Führer der staatlich subventionierten, von allen Behörden und Arbeiterfeinden gehätschelten und finanziell reichlich unterstützten „nationalen" Jugendbewegung, der Rektor Hörfing aus Dölau, zum Wort, um mit einem großen Aufwand von Lungenkraft die vom Referenten scharf kritisierte und als Instrument des Klassenstaats bezeichnete Volksschule in Schutz zu nehmen. Es verstrickt sich von selbst, daß dieser sonderbare Schwärmer das preußische Volksschulwesen über alle Maßen herausstreichen versuchte. Vom Referenten und zwei weiteren Diskussionsrednern wurde der Verteidiger des preußischen Schulelends unter dem Beifall der Versammlung gehörig auf den Sand gesetzt. Recht drollig nahm sich die künstlich gemimte Entrüstung des Herrn über den der bürgerlichen „Jugendpflege" gemachten Vorwurf der bewußten Heuchelei aus, da er in gleichem Atemzug es als ungehörig bezeichnete, in Gegenwart der Jugendlichen — über deren eigene Erziehung zu diskutieren. Die dem Herrn Rektor erteilte Lektion war denn auch derart, daß er den besseren Teil der Tapferkeit erwählte und mitsamt den ebenfalls erschienenen Dorfhonoratioren so schleunigst das Versammlungslokal verließ, daß ihm nur ein: Auf fröhliches Wiedersehen! nachgerufen werden konnte. Sollte der streitbare Herr Rektor nochmals Gelüste verspüren, über proletarische und bürgerliche Jugendbewegung zu diskutieren, mag er's wagen. Wir werden ihm schon auffpielen. Der Dölauer Arbeiterjugend ist nunmehr der rechte Weg gezeigt worden, den sie zu gehen hat. Und wir sind sicher, daß kein noch so süß flötender Lockgesang sie für die kulturwidrigen Kriegsspielsaftkreisen begeistern könnte.

Ammendorf. Distriktsversammlung. Der 1. Bezirk des Distrikts, Ammendorf und Beesen, hält am Mittwoch, den 24. Juli, abends 8½ Uhr, im Lokal von Hackemesser eine Distriktsversammlung ab. Die Mitglieder werden ersucht, sich vollzählig einzufinden. Die Distriktsleitung.

* **Osmünde.** Ein Jugenderzieher, wie er nicht sein soll, scheint der Lehrer Luke zu sein. Der Herr hatte aus ganz geringfügigem Grunde den Schulknaben Winkelmann so verprügelt, daß er, wie ärztlich bescheinigt ist, am Körper blutunterlaufene Flecke zu verzeichnen hatte. Der Vater machte dem Pastor von der offenbaren Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes Mitteilung, bekam aber von ihm keine befriedigende Antwort. Da der Vater des geschlagenen Knaben damit nicht einverstanden ist, daß ein Vergehen seines Sohnes mit 23 Stockhieben bestraft wurde, hat er Strafantrag gegen den sonderbaren Jugenderzieher gestellt. Die Züchtigung ist für den Knaben um so bedenklicher, weil er vor zwei Jahren eine schwere Operation zu bestehen hatte, an deren Folgen das Kind heute noch leidet. — Gewiß, der Beruf eines Lehrers mag schwer sein, aber deswegen ist eine solche Unbesonnenheit doch nicht zu entschuldigen. Wann endlich werden die Lehrer von selbst den Stock aus der Schule verbannen?

Aus der Provinz.

Aus den Berichten der Bergbehörden.

III.

Aehnlich wie der Naumburger Beamte äußert sich auch der Beamte des Bergreviers Zeitz über Entstehung, Verlauf und Beendigung des Streiks. Es heißt darüber u. a. in seinem Berichte, daß nach Ablehnung der Forderungen der Arbeiter durch die Werksverwaltungen 2548 Arbeiter die Arbeit ordnungsgemäß aufkündigten. Die Zahl der Streikenden erreichte mit 2605 Ausständigen ihren höchsten Stand, den sie in annähernd gleicher Höhe bis zur Beendigung des Streiks beibehält. Ein glänzendes Zeugnis für das Solidaritätsgefühl der um ein menschenwürdiges Dasein kämpfenden Bergarbeiter. Aber noch an einer anderen Stelle muß der Beamte in lobender Weise der Streikenden gedenken, indem er feststellte, daß die Haltung der Streikenden im allgemeinen eine ruhige war — trotz des provozierenden Auftretens der massenhaft ins Streikgebiet geholten Gendarmen. Ueber das ruppige Benehmen der Arbeitswilligen findet keiner der Herren Berichterstatter ein Wörtchen. Auch die auffällige Steigerung der zur Anmeldung gelangten Unfälle wird nur ziffernmäßig registriert, aber die erklärenden Ursachen bleiben dem Leser verborgen. Der Beamte begnügt sich mit der laconischen Meldung: „Zur Anmeldung gelangten 1089 (980) Betriebsunfälle, darunter 13 (im Vorjahre nur 5) mit tödlichem Ausgang. Von diesen ereigneten sich 6 (2) unter und 7 (3) über Tage. Außerdem hatten in 4 Fällen Schlaganfälle, darunter 1 Hitzschlag, den Tod von Bergarbeitern zur Folge." Mit um so größerer Ausführlichkeit wird aber der Nachweis erbracht, daß die Löhne im Vergleich zum Vorjahre gestiegen sein sollen. Ein Rückgang des in einer Schicht verdienten Lohnes ist bei den im Erzbergbau beschäftigten Arbeitern zu verzeichnen. Die Gesamtbelegschaft betrug im Bergrevier Zeitz 5614 Köpfe gegen 6261 im Vorjahre, was wiederum eine Abnahme bedeutet. Im Revier Naumburg war hingegen eine Zunahme der beschäftigten Personen zu verzeichnen, da am Ende des Jahres die Belegschaft beim Braunkohlenbergbau 2900 und beim Salzbergbau 1569 betrug.

Am dürftigsten — kaum dreiviertel Druckseite umfassend — ist wiederum der Bericht über das Bergrevier Eisleben, das Herrschaftsgebiet der Mansfelder Gewerkschaft. Er ist ein abschreckendes Beispiel für die Früchte königlich preußischer Bureaukratie unter der Herrschaft des kommandierenden Großkapitals. Die Gesamtbelegschaft belief sich im Durchschnitt auf 13 972 Mann gegen 15 128 im Vorjahr. Trotz dieses erheblichen Rückganges der Zahl der Beschäftigten haben die tödlich verlaufenen Unfälle zugenommen. Die Gesamtzahl der angemeldeten Unfälle belief sich auf 954. Ueber die Ursachen der Unglücksfälle verliert der Beamte kein Wörtchen. Niemand kommt natürlich auf den Gedanken, daß die gerade auf den Mansfelder Schächten übliche Drauflosschufterei, das Antreiben und Jagen nach etwas höherem Verdienst die Ursachen der allermeisten Unfälle sind. Was würde wohl geschehen, wenn der Beamte sich zu einer solchen Feststellung aufschwingen würde? Wörtlich kehrt auch der bereits im vorigen Bericht enthaltene etwas gewagte Satz wieder, daß der Gesundheitszustand der Belegschaft gegen den der übrigen Bevölkerung keinen Unterschied aufwies. Es gehört doch allerhand dazu, diesen Satz aufzustellen, zumal doch allgemein bekannt ist, daß gerade der Mansfelder Bergmann das niedrigste Durchschnittslebensalter unter den Bergleuten erreicht. Sollte diese Tatsache dem Beamten unbekannt sein, so wäre allerdings vieles entschuldbar.

Die Zahl der Kinder, die bereits frühzeitig den Mansfelder Kapitalisten Dividende erschuften müssen, hat sich hingegen nur wenig verringert. Auf 14 Anlagen waren 671 jugendliche Arbeiter angelegt gegen 707 im Vorjahre. In der Art der Beschäftigung der Jugendlichen, so heißt es im Bericht weiter, traten keine Aenderungen ein. Es werden also wohl noch dieselben überaus traurigen Verhältnisse bestehen, wie sie auf dem preußischen Bergarbeiter-Delegiertentag 1905 ein Redner wie folgt schilderte: „In Sizilien müssen Knaben schwere Erzkörbe zutage tragen, halb nackt wegen der großen Hitze. Im Mansfelder Revier ist es noch schlimmer. Im wirklichen Sizilien können die Knaben ihre schwere Arbeit wenigstens aufrecht tun; im deutschen Sizilien müssen sie den Hunt, in dem das Erz von der Strecke zur nächsten Förderstelle geschafft wird, bei einer Schachthöhe von höchstens 35 Zentimeter kriechend an einem Stricke hinter sich herziehen. Auch im Mansfeld haben die Knaben nichts weiter an als eine Hose, um ihre Scham zu bedecken. Ein Hemd kennt man da nicht. Eine Ministerialverordnung von 1879 hat der Mansfelder Gewerkschaft das Privileg erteilt, Kinder unter 16 Jahren unter Tag zu beschäftigen, weil die Abbauverhältnisse angeblich so ungünstig sind, daß nur mit Hilfe der Kinderarbeit der Betrieb aufrecht erhalten werden könne. Das ist natürlich Unsinn. Aber selbst, wenn es wahr wäre, so wäre ein Bergbau, der ohne Ausbeutung der Kinder zugrunde gehen müßte, nicht wert, zu existieren. Ist es doch in Mansfeld nichts Seltenes, daß Kinder unter 14 Jahren schon Unfallrentner sind. Auch ihr Leben haben Kinder unter 14 Jahren schon auf dem Schlachtfelde des Bergbaues eingebüßt. Ist es da ein Wunder, wenn über das traurige Kapitel der Kinderarbeit so kurz hinweggegangen und nur laconisch gesagt wird, daß Aenderungen in der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter nicht eingetreten sind? Von besonderem Interesse wäre es, zu erfahren, wieviel Kinder im Berichtsjahr Unfälle erlitten haben. Das wäre weit wichtiger, als die ziemlich aufdringlich klingende Mitteilung von der durch Vermittlung des gelben Verbandes und der Gewerkschaft erfolgten Beschaffung angeblich guter Speisekartoffeln. Wenn auch die Gewerkschaftsbäckereien wieder über den grünen Klee gelobt werden, dann kann man schon im voraus auf ein großes Loblied über die durch Vermittlung der Gewerkschaft vor sich gehende Kohlenlieferung an die Beamten und Arbeiter gefaßt sein. Derartige „Wohlfahrtsakte" wirken nach außen recht imponierend, besonders auf die Denkfaulen, zum anderen haben sie den Vorzug der Billigkeit.

So bilden die in auffallend knapper Form erstatteten Berichte in ihrer Gesamtheit dennoch manche Anklage gegen die kapitalistische Ausbeutung. Die Jahresberichte bieten für die Arbeiter nichts Erfreuliches; sie sind vielmehr durchweg nur auf das Lob der Grubenkapitalisten zugeschnitten. Haben die Gewerberäte doch ab und zu noch einen schwachen Blick für allgemeine Bestrebungen der Arbeiterschaft übrig, so scheinen königlich preußischen Bergräten Arbeiterorganisationen, Bildungsbestrebungen, Koalitionsrecht, überhaupt das allgemeine Vorwärtsdrängen der Arbeiter nach besseren Verhältnissen unbekannte Dinge zu sein. Die Bergleute bedeuten für die Bergrevierbeamten nur trockene Zahlen, die zur Feststellung der Belegschaftsstärke eben notgedrungen mit aufgeführt werden müssen; alles andere wird nur als nebensächliches Beiwerk behandelt.

Passendorf. Parteiversammlung. Die letzte regelmäßige Mitgliederversammlung war gut besucht. Die Tagesordnung war sehr wichtig, und wurden die Verhandlungen mit regem Interesse verfolgt. Zuerst wurde vom Distriktsleiter der Jahresbericht gegeben. Aus ihm geht hervor, daß wir im Berichtsjahre ein gutes Stück vorwärts gekommen sind. Der Erfolg könne aber noch nicht für Passendorf befriedigend sein. Immer wieder muß auf die Flauheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hingewiesen werden, die so zurückhaltend sind. Die Mitgliederzahl ist gestiegen, so daß jetzt 70 Mitglieder zu verzeichnen sind. Das Volksblatt hat 20 Abonnenten zugenommen. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 4. Quartal sowie den Jahresbericht. Da von den Revisoren alles für richtig befunden war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf erfolgte die Vorstandswahl. Es wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Die zwei Unterkassierer wurden neugewählt. Ferner wurde auch ein neuer Berichterstatter gewählt. Sämtliche Namen der Gewählten werden in der nächsten Mitgliederversammlung nochmals bekannt gegeben. Als Delegierte zum Kreistag wurden die Genossen H. Dietze und W. Bernhardt gewählt. — Zum Schlusse gab der Gemeindevertreter Genosse Dietze einen recht ausgiebigen Bericht von der letzten Gemeindevertretersitzung. Die Sitzung ist kaum beschlußfähig gewesen; man kann eben sehen, mit welchem Interesse die bürgerlichen Vertreter arbeiten.

Sangerhausen. Arbeiter, seht die Wählerlisten nach! Im November b. J. gelang es der Sangerhäuser Arbeiterschaft, bei den Stadtverordnetenwahlen fünf der ihrigen, die Genossen Tischler Albert Elster, Former Otto Reiche, Former Gustav Hermann, Invalide Karl Franzke und Tischler Robert Arndt ins Stadtparlament zu wählen. Voller Wut über die erlittene Niederlage erklärte die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit die Wahl unserer Genossen wegen angeblich vorgekommener Unregelmäßigkeiten für ungültig. Gegen den allgemeine Empörung unter der Arbeiterschaft hervorrufenden Beschluß der Stadtverordnetenversammlung klagte der Genosse Franzke zugleich im Namen der übrigen Gewählten vor dem Bezirksausschuß ohne Erfolg. Um die zu Unrecht auf ihren Stadtverordnetensesseln hockenden bürgerlichen Herren nicht noch länger in ihren Aemtern zu belassen, soll gegen das sonderbare Urteil des Bezirksausschusses keine Revision beim Oberverwaltungsgericht eingelegt werden. Der Magistrat würde damit gezwungen sein, in Kürze die Neuwahlen auszuschreiben. Diese Nachricht hat die Spießer bereits in nicht zu geringe Aufregung gesetzt. In der Kyffhäuserzeitung wird bereits Alarm geblasen zum Eingreifen in den Wahlkampf, „damit das Resultat diesmal ein anderes werde als im November vorigen Jahres". Besonders der Bürgerverein für städtische Interessen wird angefleht, alles aufzubieten, um einen Sieg der Ordnungsleute zu ermöglichen. Hier habe er, so heißt es in dem Gejammer, die schönste Gelegenheit, zu zeigen, was er im Interesse der nationalen Bürgerschaft zu leisten imstande sei.

Es entsteht nun die Frage, was auf der anderen Seite unsere Genossen zu unternehmen haben, um für den unerhörten Streich der bürgerlichen Rache zu nehmen durch eine glänzende Wiederwahl der fünf „Ausgesperrten". Das wichtigste, was jetzt zu tun ist, ist die genaue Kontrolle der bis zum 30. Juli auf dem Rathaus während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht offenliegenden Gemeindewählerliste. Sämtliche Wahlberechtigten müssen sich überzeugen, daß ihr Name in die Gemeindewählerliste eingetragen ist, andernfalls gehen sie ihres Wahlrechts zu den Stadtverordnetenwahlen verlustig. Jeder Wähler ist berechtigt, nicht nur in die ihn betreffenden Eintragungen, sondern in alle Teile der Wählerliste Einblick zu nehmen. Der in Kürze bevorstehenden Neuwahl wegen hat die Arbeiterschaft Sangerhausens diesmal ein besonderes Interesse an einer peinlichst genauen Kontrolle der Wählerliste. Wer nicht in den Liste steht, darf nicht wählen. Es versäume daher

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120723-10/fragment/page=0007

kein preußischer Staatsbürger, sich davon zu überzeugen, ob sein Name in der Liste steht, und wenn das nicht der Fall ist, so muß er ungesäumt beim Magistrat die Richtigstellung der Liste beantragen. Wer durch irgend einen Umstand abgehalten ist, selbst Einsicht in die Gemeindewählerliste zu nehmen, der möge jemand anders damit beauftragen. In jeder Fabrik, in jeder Werkstatt ist sicher ein Parteigenosse bereit, diese Mühe zu übernehmen.

Arbeiter, Parteigenossen! Achtet darauf, daß ihr euer Wahlrecht wahrt, daß ihr euch nicht durch Nachlässigkeit des wichtigsten Rechts begebt, das ihr als Steuerzahler habt. Seht die Wählerlisten ein!

Blankenheim. Bei der Arbeit verschüttet. Vor einigen Tagen verunglückte in der Kiesgrube der Arbeiter Karl Stephan. Beim Sandaufladen an der Grube bemerkte er zu spät, daß sich ein großer Teil Sand über ihm gelöst hatte und herabstürzte. Stephan wurde verschüttet und erlitt außer einer leichten Wunde im Gesicht eine Quetschung des linken Armes und beider Beine.

Kölleda. Leichenfund. Städtische Arbeiter fanden am Freitag früh beim Bewässern der Wiesen in der Lossa die Leiche eines Mädchens. Da die Leiche auf weimarischen Gebiete lag, wurde die Ortsbehörde in Orlishausen, benachrichtigt, die die Leiche gegen Abend fortschaffen ließ. Es wurde festgestellt, daß die Ertrunkene das Dienstmädchen des Handelsmann Haase in Vogelsberg ist, die sich schon seit der vorigen Woche entfernt und in einem Anfall von Schwermut in der Lossa den Tod gesucht und gefunden hat.

Delitzsch. Verärgerte Patrioten. Der Ausfall der Reichstagswahl in unserem Kreise gab den reingefallenen Patrioten Anlaß, sich gegenseitig die heftigsten Vorwürfe zu machen. Die Gelegenheitspolitiker machten hauptsächlich am Biertisch ihrem schweren Herzen Luft. Daß man da in der Wahl der Worte nicht immer die nötige Rücksicht walten ließ, zeigt eine erst kürzlich stattgefundene Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht. Angeklagt war der Oberlehrer Dr. phil. B. wegen öffentlicher Beleidigung. Damit der Mann in seinem weiteren Fortkommen nicht gehindert wird, verschweigt die bürgerliche Presse den vollen Namen des patriotischen Beleidigers. Am 8. Februar saßen verschiedene Herren beim Abendschoppen im Gasthof zum eisernen Kreuz. Der Verlust des Mandats spukte noch in den Köpfen der Bierphilister. Der Herr Oberlehrer war an diesem Abend ganz aus dem Häuschen. Als Herr B. den Kreisausschußsekretär Jeneck in das Lokal eintreten sah, gebrauchte der gebildete Oberlehrer gegen den Sekretär beleidigende Worte und ließ auch Drohungen gegen ihn laut werden. Der Philosoph war in so große Erregung gekommen, daß seine geschwätzige Zunge nicht einmal mit dem Landrat von Busse eine Ausnahme machte. Dem J. hatte der Oberlehrer vorgeworfen, daß er einen Lehrer beim Landrat denunziert habe. Da alle Schuld auf Erden gesühnt werden muß, so liefen die Beleidigten zum Kadi, der den unbotmäßigen Oberlehrer den nötigen Respekt beibringen sollte. Die in ihrer Ehre so schwer Verletzten hatten die Genugtuung, daß das Gericht den Oberlehrer wegen Beleidigung des Landrats von Busse zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilte. Die Beleidigung und Drohung des Kreisausschußsekretärs wurde mit 20 Mk. Geldstrafe gesühnt. Nun wird alles wieder seinen alten gewohnten Gang gehen, denn das Staatsvergehen ist gerächt. Die Publikation des Urteils wird den Abschluß des Dramas bilden.

Delitzsch. Dem Ende entgegen! Schon öfters konnten wir darauf hinweisen, daß das Treiben der nationalen Jugendwehr allem anderen, aber keiner Erziehung der Jugend gleichkommt. Wer den Drill der hiesigen Jugendwehr auf dem Schulhof schon öfters mit beobachten konnte, dem war es klar, daß zu diesem Treiben auch die Kosenamen der Kaserne kommen würden. In neuester Zeit bekommen denn auch die der Pflege so bedürftigen Jugendlichen die Schmeicheleien des Kasernenhofes, wie: „Knochen zusammen", oder „Nimm deine Wasserstelzen zusammen", zu hören. Offenbar glauben die Arrangeure dadurch den nötigen Schneid in die bedauernswerten Jugendlichen hineinzubringen. Es muß doch klappen, sagen sie sich. Jungdeutschland soll ja bei der sogenannten Kaiserparade Staffage bilden.

Nur so weiter, ihr Herren, dann werden sich auch die Jugendlichen über den Zweck der Wehr bald klar werden. Ein großer Teil betrachtet die Veranstaltungen so wie so nur als Faxerei oder Sport, und nehmen nur dann daran teil, wenn etwas zum Essen oder zum Trinken in sicherer Aussicht steht. Daß vielen Jugendlichen die Sache selbst zu dumm wird und sie nur gezwungen dorthin gehen, kam kürzlich recht deutlich zum Ausdruck. Als die jungen Leute wegtreten durften, nahmen einige ihre Mundharmonikas und unter den Klängen des Sozialistenmarsches verließen sie schleunigst den Exerzier- pardon Schulplatz. Hätschelt man auf der einen Seite diesen Auswuchs kapitalistischer Entwicklung mit allen Mitteln groß, so sucht man auf der anderen Seite die Organisation der arbeitenden Jugend zu zertrümmern. Damit dürfte es aber auch in Delitzsch nichts werden, wenn die Arbeiterschaft sich weiterhin ihrer Pflicht erinnert.

Wittenberg. Wer gibt Freiquartier? Die Arbeiterjugend unternimmt am Sonntag, den 28. Juli, einen Ausflug nach Wörlitz. An ihm gedenken eine größere Zahl Berliner Jugendgenossen teilzunehmen. Bis jetzt sind 20 Mann gemeldet. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß die Hallesche Arbeiterjugend an dem Ausflug teilnimmt. Unsere Pflicht ist es, den auswärtigen Jugendgenossen für die Sonnabendnacht Freiquartier zu verschaffen. Wir richten darum folgende Bitte an die Wittenberger Genossen: wer gewillt ist, ein oder zwei Jugendgenossen in Quartier zu nehmen, möge sich beim Genossen Geist, Töpferstraße 1, oder beim Genossen Freudenberg, Kurfürstenstraße, spätestens bis Donnerstag abend melden. Die Quartierzettel werden am Sonnabend verteilt.

An die Genossen von Wittenberg richten wir ferner die Bitte, überall, wo sie Gelegenheit haben, mit Jugendlichen zusammenzukommen, immer wieder auf den Ausflug aufmerksam zu machen. Natürlich sind auch die Eltern dazu herzlich willkommen. Die Coswiger Jugend übernimmt von Coswig nach Wörlitz die Führung. Eine recht rege Beteiligung wird erwartet.

Elsterwerda. In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins erfolgte zuerst die Abrechnung. Nachdem einige Monita berichtet wurden, erfolgte die Entlastung. In den Vorstand wurden folgende Genossen gewählt: Genosse Purscher erster, Genosse Gräff zweiter Vorsitzender. Zum Kassierer wurde Genosse Schwabe gewählt. Die Genossen Ullrich, Grell und Schober bekleiden das Amt der Revisoren. Die Delegiertenwahl zum Kreistag wurde auf Antrag bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt. Es wurde die Meinung vertreten, daß auch eine Genossin als Delegierte zum Kreistag gewählt werden möge. Aus diesem Grunde sollen die Genossinnen zur nächsten Versammlung ganz besonders eingeladen werden. Ueber die Stadtverordnetenwahl, die am 12. August stattfindet, entspann sich eine rege Debatte. Es wird den Genossen zur Pflicht gemacht, die Wählerlisten einzusehen, damit jeder Wahlberechtigte sein Wahlrecht ausüben kann. Es wurde auch beschlossen, Sonnabend, den 27. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur Sonne eine Wählerversammlung der dritten Klasse einzuberufen. Es ist Pflicht eines jeden Wählers, in ihr zu erscheinen. Im Verschiedenen wurden noch einige Angelegenheiten erledigt.

Grünewalde. Gemeindevertretersitzung Vor Beginn der Sitzung besichtigten die Gemeindevertreter mehrere Grundstücke, die für die Erweiterung des Friedhofes in Betracht kommen können. Als das günstigste wurde das dem Landwirt Traugott Lunckwitz gehörige Heidegrundstück bezeichnet Es wurde eine Kommission von sechs Mitgliedern gewählt, die die erforderlichen Vorarbeiten in die Wege leiten soll. Eine Belastung der Gemeindekasse entsteht durch diesen Ankauf nicht, da die erforderlichen Geldmittel bereits durch die Ueberschüsse der Friedhofskasse angesammelt worden sind. — Dann wurde über die Gehaltszulage des Gemeindedieners verhandelt. Es wurde angeregt, das Pfeifen des Nachtwächters solle in Wegfall kommen und dafür sollten Stechuhren zur besseren Kontrolle angeschafft werden. Die Sache wurde vertagt. — Bei der Beratung über die Wegeausbesserungen kam es zu einer längeren Debatte. Da in unserer Gemeinde zweierlei Auffassungen über die Unterhaltungspflicht der nicht chausseemäßig ausgebauten Wege vorhanden ist, so wurde diese Angelegenheit bis zur weiteren Aufklärung zurückgesetzt. Als sehr rückständig erweist sich in dieser Sache die sogenannte Altgemeinde. Unsere Kommunikationswege sind in einem sehr schlechten Zustande. Die politische Gemeinde hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Wege auszubauen, unter der Bedingung, daß die Altgemeinde, die verpflichtet sei, diese Wege selbst zu bauen, die Kosten an die politische Gemeinde zurückerstattet. Dieser Vorschlag ist abgelehnt worden. So müssen wir uns wahl noch länger mit den schlechten Wegen begnügen, was sehr bedauerlich ist. Dann wurde der Bericht der Rechnungs-Prüfungskommission entgegen genommen. Sie hat alles in Ordnung befunden, weshalb dem Rechnungsführer Entlastung erteilt wurde. Der Gemeindevorsteher teilte mit, daß in der Wasserversorgungsfrage noch kein Bescheid von der Landwirtschaftskammer zu Halle eingegangen ist. Dann wurde noch mitgeteilt, daß unsere Gemeinde Nichtbesitzerin des an den Grabenäckern eingetauschten Grundstückes zum Straßenbau ist. Es wurde beschlossen, eine Katasterzeichnung zu beschaffen, um genauere Aufklärung zu erlangen. Die in unserer Gemeinde zu erhebende Wertzuwachssteuer wird in der Gemeindekasse mit verrechnet. Zu dem von unserem Genossen gestellten Antrage, den ortsüblichen Tagelohn zu erhöhen, wurde mitgeteilt, daß hierzu die Gemeinde nicht zuständig sei. Man müsse das Reichsversicherungsamt angehen. Um ³/₄12 Uhr wurde die langausgedehnte Sitzung geschlossen. Zu begrüßen ist, daß sich einige Genossen als Zuhörer eingefunden hatten. Es wäre zu wünschen, wenn dies in noch ausgedehnterem Maße geschehen würde. Für rechtzeitige Bekanntgabe der Sitzungen wird der Distriktsleiter Sorge tragen. Ueber die mehrfachen Zusammenstöße unserer Genossen mit dem Gemeindevorsteher und dem früheren Arbeitervertreter, jetzigen ersten Schöffen Quednow, wird an einer anderen Stelle berichtet werden.

Bürgel. Ein gerüffelter Bürgermeister. Weil der Bürgermeister Weber in Bürgel (Sachsen-Weimar) anläßlich des Bezirksfestes des Arbeitersängerbundes die Gäste öffentlich begrüßte und hervorhob, daß ihm die Sänger im schlichten Arbeitskleide ebenso lieb seien als die Angehörigen anderer Kreise, ist die antisemitische Weimarische Zeitung, das Regierungsorgan, völlig aus dem Häuschen geraten. Das Amt eines Bürgermeisters stecke dem Sympathisieren mit der modernen Arbeiterbewegung gewisse Grenzen. Der Bürgermeister müsse aufgeklärt werden, wo diese Grenzen liegen. Dann tobt das Blatt weiter von unentwegtem energischem Frontmachen gegen die umstürzlerische Sozialdemokratie. Der Wink an die höhere Verwaltungsbehörde wird sicher seine Wirkung nicht verfehlen, denn auch im Goetheländchen steht es zumeist nur auf dem Papier, daß der Bürgermeister über den Parteien stehen soll

Allerlei.

Pockenerkrankungen.

Vor einigen Wochen erkrankte in Frankfurt eine russische Artistin an den asiatischen Pocken. Der sie behandelnde Arzt wurde dabei infiziert und erkrankte selbst. Er erstattete keine Anzeige, sondern behandelte sich selbst. Die Krankheit übertrug sich dann bald auf seine Familie und auf Personen, die mit der Familie in Berührung kamen. Bis jetzt erkrankten 15 Personen, die nunmehr in Isolierbaracken untergebracht sind. Eine Frau, die in der Nähe des Arztes wohnte, ist bereits gestorben.

Die Typhusepidemie in Witten a. d. Ruhr.

Die in Witten a. d. Ruhr vor einiger Zeit ausgebrochene Typhusepidemie nimmt einen großen Umfang an; bisher sind 281 Krankheitsfälle festgestellt worden. Auch auf Langendreer hat die Epidemie übergegriffen. Die Entstehungsursache soll verdorbene Milch sein.

Berlin im „Belagerungszustand".

Sonnabend erschien im Kammergericht ein vornehm gekleideter Herr im Gehrock und Zylinder in Begleitung dreier Männer und verlangte von den Gerichtsdienern, daß man ihn beim Kammergerichtspräsidenten vorlasse. Er gab sich den Gerichtsdienern gegenüber als „Kaiser Oskar von Deutschland", zwei der ihn begleitenden Männer als seine Adjutanten und den dritten als seinen „Kommissar" aus. Als er abgewiesen wurde, zog er ein großes zusammengerolltes Plakat aus der Tasche und heftete es an die Tür des Präsidenten. Das Plakat enthielt mit großen Buchstaben die Aufschrift: „Wir, Kaiser Oskar von Deutschland, verhängen hiermit über Berlin den Belagerungszustand." Dann entfernte sich der anscheinend Geisteskranke mit seiner Begleitung.

Auf der schwäbischen Eisenbahn.

Vor einigen Monaten wurde die neu erbaute Nebenbahn Göppingen-Gmünd in Württemberg dem Verkehr übergeben. Das Bähnchen durchquert eine idyllische Gegend, deren Bewohner von der modernen Großstadt-Kultur noch wenig angekränkelt sind. Das neue Beförderungsmittel gefällt ihnen aber gar sehr. Der Stationsvorsteher, Fahrkartenverkäufer und Inhaber sonstiger Bahnwürden auf der Station Birenbach ist eine Respektsperson, die gleich nach dem Herrn Pfarrer und noch vor dem Herrn Schultes (Bürgermeister) kommt. Kürzlich probierten ein paar Bauern mit ihren „besseren", zum Teil auch gewichtigeren Hälften das neue Verkehrsmittel. Mit geheimem Grausen vertrauten sie ihren Leib dem Zügle und ihre Seele Gott an. In „rasender" Fahrt ging es der Station Birenbach zu. Hinter Birenbach hat das Bähnle eine starke Steigung zu überwinden. Mit vielem Gezisch und Gestöhn suchte das Lokomotivle die gewichtige Last über den Berg zu bringen. Das war ein schweres Stück Arbeit! Langsam und immer langsamer ging es, bis daß es fast gar nicht mehr ging. Den Bauern und ihren weichherzigen Gesponsinnen tat das keuchende und stöhnende Lokomotivchen bitter leid. Nach etlichen aufmunternden Rippenstößen seitens der Weiber kletterten die Männer aus dem Wagen, setzten die breiten Schultern an die Rückwand und Puffer des letzten Wagens. Wer keinen Platz mehr fand, schob den Vordermann dort, wo der Rücken seinen ehrlichen Namen verliert. Und siehe da, nun ging es! Als die Höhe glücklich erreicht war, kletterten alle frohgemut und schweißtriefend wieder in den Wagen, die Lokomotive setzte sich in Galopp und holterdipolter ging es der nächsten Station zu. Dort wartete aber der gutmütigen Zugsschieber eine unangenehme Ueberraschung. Mann für Mann wurden sie aufgeschrieben und später mit einem Strafmandat von je sechs Mark bedacht. Undank ist der Welt Lohn. Auch auf der schwäbischen Eisenbahn.

Der Neuyorker Polizeiskandal.

Der Polizeipräfekt Waldow, der darüber befragt wurde, ob der Spieler Rose die Person des Polizeileutnants Becker in die Affäre hineingezogen habe, verneinte diese Frage, doch gab er zu, daß Rose den Polizeileutnant nicht gänzlich aus dem Spiele gelassen hat. Becker beteuert dagegen fortgesetzt seine Unschuld. Der Staatsanwalt Whiteman, der das Verhalten der Polizei aufs schärfste rügt, hat zahlreiche Drohbriefe erhalten. Man will wissen, daß die Detektive der Agentur Burns in die Zellen der beiden verhafteten Automobilführer Shapiro und Libby ein Mikrophan gesetzt haben, um die Unterhaltung der beiden überwachen zu können. Durch die Untersuchung wurde festgestellt, daß die im vorigen Jahre in einer Spielhölle beschlagnahmte Summe von 75 000 Dollar an den Besitzer zurückerstattet worden ist.

Die Pariser Ausgabe des New York Herald berichtet aus Neuyork, daß es der Polizei gelungen ist, die Identität sämtlicher Personen festzustellen, die sich in dem Automobil befanden, aus dem der Schuß auf Rosenthal gefallen ist. Sie gehören alle der Neuyorker Apachenwelt an und haben sich augenblicklich ihrer Verhaftung durch die Flucht entzogen. Die Polizei ist jedoch auf ihrer Spur und hat ihr Signalement nach allen Gegenden entsandt.

Ein Adelpumpmonarchist.

Fürst Alfred von Thurn und Taxis hat gegen den Prinzen Miguel von Braganza in London eine Klage auf eine Million Kronen angestrengt. Die Schuld stammt aus einer Wechselbürgschaft, die der Fürst für den Prinzen von Braganza geleistet hatte. Ein Telegramm aus London besagt nun, daß die Klage nicht zugestellt werden konnte, da sich der Prinz von Braganza in Portugal befindet, wo er an der Seite der Royalisten gegen die Republikaner kämpft

Brennender Dampfer.

Ueber den Brand des Dampfers Paros der deutschen Levantelinie im Hafen von Canea wird gemeldet: In dem Augenblick, als der Dampfer an der Brücke festlegen wollte, explodierten vier Benzinbehälter, deren Inhalt das ganze Schiff in Flammen setzte. Die Lage des Dampfers war eine Zeitlang verzweifelt, da die Dampfkessel zu explodieren drohten. Der Kapitän ließ sofort alle Spritzen und Pumpen an Bord in Tätigkeit setzen. Es gelang, den Brand auf dem Vorderschiff zu löschen und das Feuer auf das Hinterschiff zu beschränken. Die in der Bai von Suda liegenden Kriegsschiffe der kretischen Schutzmächte boten ihre Hilfe an. Der Kapitän hofft jedoch, den Brand ohne ihre Hilfe löschen zu können.

Typhus in der Garnison.

Bei der in der Olmützer Garnison ausgebrochenen Typhusepidemie sind bisher 50 Soldaten erkrankt, von denen mehrere gestorben sind.

Kleines Allerlei. **Unter dem Verdachte des Raubmordes verhaftet.** In Mutzenwinkel (Niederbayern) wurde der Pächter des Boxleitnerschen Gutes, Joseph Burgstaller, verhaftet. Burgstaller wird beschuldigt, den beim Brand der Aulinger Brauerei in Schöfweg ums Leben gekommenen 60jährigen Gutsbesitzer Martin Boxleitner ermordet und beraubt und dann den Brand gelegt zu haben. — Aus dem Gefängnis entlassen. Der Gutsbesitzer Artur Becker wurde gestern aus dem Gefängnis entlassen, nachdem er drei Monate Gefängnis, die er wegen Beleidigung des Landrats Maltzan in Grimmen erhalten, im Strafgefängnis Preungesheim verbüßt hatte. — Autounfall. Bei der Einfahrt in das Hotel Toblach stürzte das Postautomobil in den Straßengraben. Zehn Personen wurden verletzt. Zwei Frauen wurden auf der Stelle getötet. — Schießversuche aus dem Aeroplan. Auf dem Flugfelde von Mourmelen fanden Versuche mit Wurfbomben statt, wobei sämtliche bisherigen Rekords geschlagen wurden. Der Flieger Varbin erzielte mit 15 Geschossen zehn Treffer, der Amerikaner Scott mit 15 Geschossen sogar elf Treffer. — Untergegangen. Ein Radiotelegramm berichtet von dem Untergang des französischen Dampfers Afrique an der neufundländischen Küste auf der Höhe von Langley. Die gesamte Besatzung hat den Tod in den Wellen gefunden. Einzelheiten über die Katastrophe fehlen noch. — Verurteilte Rabenmutter. Das Schwurgericht von Toulouse verurteilte eine Mutter, welche ihren fünfjährigen Sohn in einem von Schmutz starrenden Raum versteckt hielt und ihm so wenig Nahrung zukommen ließ, daß er bis aufs Gerippe abmagerte, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. — Riesenhafte Mißbräuche bei der Weichselbahn. Es fanden massenhafte Revisionen der Beamten der Weichselbahn statt. Die Veranlassung war die Entdeckung riesenhafter Mißbräuche. — Erben gesucht. Unter den mit der Titanic zugrunde gegangenen Passagieren befand sich ein reicher amerikanischer Kaufmann namens Montgomery Smart. Die Erben Smarts, George und Anne Smart, werden jetzt eifrig gesucht, können aber nicht aufgefunden werden. Man weiß, daß Smarts sämtliche persönliche Papiere mit der Titanic untergegangen sind. Sein Vermögen zählt nach Millionen.

Versammlungsberichte.

Versammlungsberichte, welche später als zehn Tage nach Stattfinden der Versammlung eingehen, finden keine Aufnahme.

Transportarbeiter. Vor einer gut besuchten Versammlung hielt Genosse Osterburg einen Vortrag über das preußische Gemeindewesen. Die große Aufmerksamkeit der Kollegen zeigte so recht, daß sie die Ausführungen des Referenten voll und ganz verstanden hatten. — Kollege Schlimme gab hierauf den Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal. Aus dem ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl im Wachsen begriffen ist. Eintritte und Uebertritte sind 237 zu verzeichnen, ausgetreten, übergetreten und verstorben sind 135 Mitglieder. Der gesamte Mitgliederbestand am Schlusse des Quartals beträgt 1680 männliche, 117 weibliche und 125 jugendliche. Die geschäftliche und agitatorische Tätigkeit war eine sehr rege, so wurden 125 Versammlungen und Sitzungen abgehalten. An schriftlichen Eingängen sind zu verzeichnen 402, an Ausgängen 472. Lohnbewegungen wurden bei 62 Firmen mit 646 Beteiligten geführt. In 7 Betrieben mit 137 Beteiligten kam es zur Arbeitseinstellung. Für 94 Mitglieder wurden in 13 Betrieben Tarifverträge abgeschlossen und für weitere 105 Beteiligte schon bestehende erneuert.

Die Arbeitsvermittlung gestaltete sich wie folgt: Arbeitslos meldeten sich 104 Kollegen. Stellen wurden 74 gemeldet, besetzt wurden 58. — Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Einnahmen und Ausgaben balanzieren mit 21 579,67 Mk. An Unterstützungen sind gezahlt insgesamt 8728,75 Mk., davon an Streikunterstützung 5420,55 Mk. Der Kassenbestand beträgt 9049,90 Mk. Den Kartellbericht erstattete Kollege Emmer. — Auf die Wasserfahrt am 10. August mit Musik, Gesang und italienischer Nacht mit anschließendem Ball im Volkspark wird nochmals besonders hingewiesen. Die Teilnehmerkarten sind schon jetzt von den Kassierern zu entnehmen. — Besondere Aufmerksamkeit verdient das jetzt zur Verbreitung an alle Mitglieder gelangende Mitteilungsblatt. — Im laufenden Quartal steht die allgemeine Geschirrführerbewegung bevor, deshalb muß versucht werden, auch den letzten Kollegen für die Organisation zu gewinnen. — Ferner ist mit dem Verlag des Volksblatts für die Austrägerinnen ein Vertrag abgeschlossen worden. Ein Teil der Austrägerinnen halten es nicht für notwendig, sich unserem Verbande als Mitglieder anzuschließen. Wir weisen darauf hin, daß alle Mitglieder im Besitze einer Kontrollkarte sind, die allmonatlich abgestempelt sein muß. Es wird weiter darauf verwiesen, daß die gegenseitige Kontrolle schärfer als bisher gehandhabt werden muß. — Einige Kohlenarbeiter, die anläßlich des vorjährigen Kohlenarbeiterstreiks ausgeschlossen wurden, haben um Wiederaufnahme in den Verband nachgesucht. Die Versammlung beschließt demgemäß. — Mit dem Hinweis, in diesem Quartal nicht in der Agitation zu erlahmen und alles daran zu setzen, den letzten Berufsangehörigen seiner Organisation zuzuführen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Literarisches.

Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 15 des vierten Jahrgangs heben wir hervor: Preußen im Deutschen Reich. — Die Krisen. Von Gustav Eckstein. — Jugenderinnerungen eines Arbeiters. Von Albert Rudolph. — Der Zement als Baustoff (mit Abbildungen). Von A. Ellinger. — Die bayerische Fortbildungsschule und ihre Reform. Von Joh. Hoffmann-Kaiserslautern. — Wieder ein Jugendausschuß freigesprochen. — Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Der Leuchtturm von Skudesnaes. Erzählung von Karl Hans Strobl. — Vom Nibelungensagenstrom. Von Otto Koenig. — Ferdinand Cortez in Mexiko (mit Abbildungen). Von A. Conrady. — Der Besuch von Kunstsammlungen. Von Adolf Bruno. — Volksbelustigungen. — Frau Hirschberg. Skizze von Fritz Müller.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219120723-10/fragment/page=0008